

seduta n. 105 del 6 dicembre 1996

Vorsitz: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

ore 10.15

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten.
Die Sitzung ist eröffnet. Ich bitte um den Namensaufruf.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Abg. Palermo, Zendron, Bolzonello, Frasnelli, Moser und Tosadori haben sich für die heutige Sitzung entschuldigt.

PRÄSIDENT: Ich bitte um die Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung.

DENICOLO': (segretario):(legge il processo verbale)
(Sekretär):(verliest das Protokoll)

PRÄSIDENT: Sind Einwände zum Protokoll? Ich sehe keine, somit gilt es als genehmigt.

PRÄSIDENT: Wir kommen zu den Mitteilungen: Wir haben im Sitzungskalender vorgesehen, daß heute die Nachmittagsitzung um 14.30 Uhr beginnt. Dem ist nicht so. Die Sitzung beginnt wie üblich um 15.00 Uhr, weil - und das gebe ich gleichzeitig bekannt - die Minderheiten um 14.30 Uhr zu einer Sitzung zusammenkommen wollen und werden, um sich über die Wahl des Präsidenten der 1. Gesetzgebungskommission abzusprechen.

Dann komme ich jetzt zu den weiteren Mitteilungen:

Am 14. November 1996 hat der Regionalratsabgeordnete Morandini den Gesetzesentwurf Nr. 78: Änderungen und Ergänzungen zu den Regionalgesetzen vom 24. Mai 1992, Nr. 4, 25. Juli 1992, Nr. 7 und 28. Februar 1993, Nr. 3 eingebracht.

Der Gesetzesentwurf Nr. 64: Änderungen zum Regionalgesetz vom 30. Mai 1993, Nr. 11 betreffend „Initiativen zur Unterstützung von Völkern der Nicht-EG-Länder, die von Kriegen oder Katastrophen betroffen sind oder die sich in besonders schwierigen Verhältnissen befinden“ wurde nach Terminablauf promulgiert.

Mit Schreiben vom 4. Dezember 1996 haben die der Regionalratsfraktion „Partito Popolare Italiano“ angehörenden Regionalratsabgeordneten Michele Di Puppò, Marco Giordani, Guglielmo Valduga und Danilo Zanoni mitgeteilt, daß der Abgeordnete Danilo Zanoni ab 22. November 1996 neuer Fraktionssprecher der Ratsfraktion ist.

Es sind folgende Anfragen eingebracht worden:

- die Anfrage Nr. 264, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Gasperotti, betreffend die erste Austragung des internationalen Preises „Luigi Negrelli“ in Primiero;
- die Anfrage Nr. 265, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend das Problem des Nebels und der Information auf der Brennerautobahn;
- die Anfrage Nr. 266, eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Zendron, Kury und Pinter, betreffend die von der Region vorgenommene Finanzierung einer Tagung, die von der Vereinigung „Flumen“ mit dem Titel „Die I. Tridentinische Tagung - Trient, Stadt des Konzils, Stadt des Kaisertums“ veranstaltet wurde;
- die Anfrage Nr. 267, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Taverna, betreffend den neuen Vertrag zur Umstellung auf computergestützte Datenverarbeitung des Katasters der Region, den die Region mit der Informatica Trentina AG abgeschlossen hat;
- die Anfrage Nr. 268, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Taverna, betreffend das Vorhaben der Region, deutschsprachige Radio- und Fernsehprogramme ausländischer Rundfunkanstalten in der Provinz Trient auszustrahlen;
- die Anfrage Nr. 269, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Leitner, betreffend eine Tagung, die am 25. November 1996 auf Initiative der Handelskammer Bozen und der Südtiroler Volksbank über das Thema „Die Versicherungen im neuen Europa“ veranstaltet wurde.

Es sind folgende Anfragen beantwortet worden:

- die Anfrage Nr. 214, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Fedel, betreffend ein Vermögen von 2500 Gebäuden, Grundstücken und Kasernen;
- die Anfrage Nr. 251, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Leitner, betreffend die Einrichtung eines Verkehrsfunkes (Info) auf der Brennerautobahn;
- die Anfrage Nr. 258, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten De Stefani, betreffend die Regelung des Rechtes auf Information und Zugang zu den Verwaltungsunterlagen der Gemeinden;
- die Anfrage Nr. 259, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend den Rücktritt eines Gemeinderatsmitglieds. Ist eine mündliche Erklärung ausreichend? Der Fall von Vigolo Vattaro.
- die Anfrage Nr. 260, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Waldner, betreffend die Mitteilungen des Regionalausschusses und der ihm als Kontrollorgan anfallenden Körperschaften an den Garanten für das Rundfunkwesen;
- die Anfrage Nr. 262, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Pinter, betreffend die Kontrollen in bezug auf die Verwendung der regionalen Zuwendungen an die Fraktionen. Werden die an die Fraktionen gezahlten Beträge an die Parteien oder an einzelne Abgeordnete weitergeleitet?
- die Anfrage Nr. 267, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Taverna, betreffend den neuen Vertrag zur Umstellung auf computergestützte

Datenverarbeitung des Katasters der Region, den die Region mit der Informatica Trentina AG abgeschlossen hat.

Es ist die Antwort auf folgende Interpellation eingegangen:

- Interpellation Nr. 8, eingebracht vom Regionalratsabgeordneten Morandini betreffend die Initiative der Region Lombardei zur Abhaltung von aufhebenden Referenden.

Der Text der Anfragen Nr. 214, 251, 258, 259, 260, 262, 267 und die Interpellation Nr. 8 sowie die entsprechenden schriftlichen Antworten bilden integrierenden Teil des stenographischen Berichtes über diese Sitzung.

PRÄSIDENT: Dann habe ich noch eine zusätzliche Tagesordnung, die verschickt worden ist und die aus institutionellen Gründen jetzt als Punkt 1 behandelt wird: **Rücktrittsschreiben vom 27.11.96 des Sen. Dr. Armin Pinggera als Mitglied des Regionalorgans zur neuerlichen Prüfung der Haushaltsvoranschläge, der für die genannte Funktion von der Mehrheit der in der Provinz Bozen gewählten Abgeordneten gemäß D.P.R. Nr. 470/1975 namhaft gemacht wurde - nachfolgende Maßnahmen.** Das heißt mit anderen Worten: Sen. Pinggera ist als Mitglied jenes Regionalorgans zurückgetreten, das die Haushalte zu genehmigen hat, insofern nicht die absolute Mehrheit im Regionalrat seitens der Provinz Trient und der Provinz Bozen erreicht wird. Somit müssen wir dringend und unaufschiebbar dieses Regionalorgan als erstes wiederum herstellen, indem wir zuerst über den Rücktritt des Sen. Pinggera reden und dann die eventuelle Nachfolge beschließen.

...Abg. Benedikter, wozu?

BENEDIKTER: Sie haben angekündigt, daß um 14.30 Uhr die Vertreter der Minderheiten wegen der Wahl des Präsidenten der 1. Kommission zusammenkommen sollen. Es geht um den Präsidenten der 2. Kommission.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Benedikter. Das war ein Lapsus von mir. Es geht nicht um den Präsidenten der 1. Kommission, sondern um den Präsidenten der 2. Kommission. Es geht auch nicht um die Wahl, sondern die Minderheiten haben gebeten, sich zusammensetzen zu können, damit sie ihre möglicherweise einheitliche Haltung vorbereiten können.

PRÄSIDENT: Jetzt wird also von Amts wegen dieser Rücktritt des Abg. Pinggera behandelt. Ich verlese das Rücktrittsschreiben:

"An den Präsidenten des Regionalrates Dr. Oskar Peterlini. Sehr geehrter Herr Präsident! Rücktritt vom Amt als Mitglied der Kommission zur neuerlichen Prüfung der Haushaltsvoranschläge und Rechnungsabschlüsse. Der Unterfertigte Rechtsanwalt Dr. Armin Pinggera erlaubt sich hiermit Dir, sehr geehrter Herr Präsident des Regionalrates der Region Trentino-Südtirol, mitzuteilen, daß er vom Amt als Mitglied der Kommission zur neuerlichen Prüfung der Haushaltsvoranschläge und Rechnungsabschlüsse mit sofortiger Wirkung zurücktritt. Mit bestem Dank für das mir

bisher erwiesene Vertrauen, mit den besten Grüßen, Sen. Dr. Armin Pinggera". Jetzt bitte ich, zu diesem Rücktritt Stellung zu nehmen bzw. sollte er angenommen werden, eventuelle Vorschläge zu machen. Ich darf die Durchführungsbestimmung verlesen: "DPR 470/1995: Art. 1: Presso il Consiglio regionale è istituito l'organo regionale di riesame dei bilanci e dei provvedimenti di variazione al bilancio e delle autorizzazioni all' esercizio provvisorio dei bilanci e dei rendiconti finanziari della Regione che non hanno ottenuto il voto favorevole espresso separatamente dalla maggioranza dei consiglieri della Provincia di Trento e della Provincia di Bolzano ai sensi dell'ultimo comma dell'art. 84 del DPR 670/72. Esso è nominato all'inizio di ogni legislatura dal Presidente del Consiglio regionale e si compone di tre cittadini elettori del Consiglio regionale ma estranei allo stesso. Dei tre membri due sono designati per ciascuno dalla maggioranza dei Consiglieri eletti nella Provincia di Trento e dalla maggioranza dei Consiglieri eletti nella Provincia di Bolzano, mentre il terzo con funzione di Presidente è designato dai primi due entro 30 giorni della designazione consiliare." Es gibt getrennte Wahlen für den Vertreter der Provinz Trient und für die Provinz Bozen. Das heißt mit anderen Worten, wir wählen jenen, der von den Abgeordneten der Provinz Bozen designiert worden ist und somit wählen in diesem Fall nur die Abgeordneten der Provinz Bozen.

Jetzt hat die Abg, Kury zum Fortgang der Arbeiten das Wort.

KURY: Ich habe einigermaßen Probleme, daß man jetzt die Behandlung des Haushaltes unterbricht und einen Tagesordnungspunkt vorzieht. Ich würde Sie nur ersuchen, mir zu sagen, aufgrund welcher Bestimmung in der Geschäftsordnung das möglich ist. Ich habe hier versucht, das nachzuprüfen und es ist mir nicht gelungen, eine Bestimmung zu finden. Immerhin waren wir mitten in der Behandlung des Haushaltes und normalerweise wird ein Tagesordnungspunkt beendet und dann beginnen wir einen nächsten. Sonst müßte man vielleicht beschließen, daß wir zwischenzeitlich die Behandlung des Haushaltes aussetzen.

PRÄSIDENT: Auf der Tagesordnung steht ja der Punkt, er wäre allerdings einer der letzten. Ich habe ihn aber als Punkt 1 angesetzt. Sie haben die Zusatztagesordnung bekommen, auf der 01 steht, weil ich als Präsident, der für die Tagesordnung verantwortlich ist, diesen Punkt machen mußte, bevor der Haushalt behandelt wird. Stellen Sie sich vor, wir genehmigen den Haushalt nicht, dann hätten wir kein Organ, das dafür zuständig ist, ihn zu behandeln. Deshalb muß der Präsident, wenn es um institutionelle Fragen geht, beispielsweise wenn ein Mitglied aus dem Regionalrat ausscheidet und der Regionalrat unvollständig ist oder wenn die Arbeitsweise irgendwie anders blockiert ist, daß z.B. die Gesetzgebungskommission nicht vollständig ist usw., die entsprechenden Punkt vortragen. Aber ich habe ja auch hier das vorgelegt und es war kein Widerspruch. Es ist also vorgesehen, daß die Tagesordnungsordnung vom Präsidenten gemacht wird. Normalerweise halte ich mich an die chronologische Reihenfolge, aber in solchen Fällen darf ich mich nicht daran halten, sondern muß nach entsprechender institutioneller Notwendigkeit vorgehen.

Es wählen also nur die Abgeordneten der Provinz Bozen, aber zunächst über den Rücktritt. Gibt es Einwände gegen den Rücktritt? Keine. Dann bitte ich um Verteilung der Stimmzettel an die Abgeordneten der Provinz Bozen. Der Vertreter in diesem Gremium, der Abg. Pinggera, müßte mit 18 Ja-Stimmen gewählt werden und so wie mir die Juristen jetzt sagen, braucht es auch die absolute Mehrheit für die Annahme des Rücktrittes. Wenn wir also nicht in eine Pattsituation kommen wollen, würde ich bitten, daß wir den Rücktritt und diese Willensbekundung des Abg. Pinggera annehmen. Wenn wir ihn ablehnen, dann ist das Problem offen.

Ich bitte um den Namensaufruf der Provinz Bozen.

WILLEIT: (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	23
erforderliche Mehrheit:	18
Ja-Stimmen:	21
Nein:	0
weiße Stimmzettel:	2

Damit ist der Rücktritt von Sen. Pinggera angenommen.

PRÄSIDENT: Jetzt kommen wir zu den Vorschlägen, immer aus den Reihen der Provinz Bozen. Es dürfen keine Abgeordnete sein. Ein Wähler der Provinz Bozen muß vorgeschlagen worden, laut Proporz der deutschen Sprachgruppe angehören und opportun wäre es, wenn er sich im Buchhaltungs- und Finanzwesen auskennen würde.

Wer meldet sich zu Wort?

MAYR C.: Ich schlage Herrn Joachim Buratti vor.

PRÄSIDENT: Vorgeschlagen wurde also Joachim Buratti. Gibt es weitere Vorschläge? Keine. Dann ist der einzige Kandidat Joachim Buratti.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel an die Abgeordneten der Provinz Bozen.

...Abg. Atz, wir sind mitten in der Abstimmung. Was gibt es Dringendes?

ATZ: Herr Präsident, ich möchte Sie bitte, uns 10 Minuten Zeit zu geben, uns zu beraten.

PRÄSIDENT: Wir sind mitten im Wahlgang. Es tut mir leid, ich kann nicht unterbrechen, wir müssen die Wahl fertig machen.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	23
erforderliche Mehrheit:	18
Stimmen haben erhalten:	
Buratti:	13
weiße Stimmzettel:	8
nichtige Stimmzettel	2

Ich konnte vorhin die Sitzung nicht unterbrechen, als der Abg. Atz es verlangt hat, weil es schon zu spät war. Natürlicherweise gebe ich jetzt auch im Interesse der Sache dem Ersuchen statt und unterbreche die Sitzung für 10 Minuten.

Wir sehen uns wieder, um die Wahlhandlung zu wiederholen, weil es die absolute Mehrheit braucht.

(Ore 10.56)

(Ore 11.11)

PRÄSIDENT: Die Volkspartei ist wieder da und somit ist auch dem Wunsch des Fraktionssprechers Atz entsprochen worden.

Wir müssen jetzt die Wahl wiederholen, und zwar seitens der Vertreter der Provinz Bozen. Wir wählen den Delegierten für jenes Regionalorgan aus der Provinz Bozen, das für die Prüfung der Haushalte und der Rechnungsabschlüsse zuständig ist, im Falle, daß die entsprechenden Dokumente vom Regionalrat nicht die absolute Mehrheit erlangen.

Ich bitte wieder um Verteilung der Stimmzettel an die Abgeordneten der Provinz Bozen.

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	25
erforderliche Mehrheit:	18
Stimmen haben erhalten:	
Joachim Buratti:	21
weiße Stimmzettel:	4

Damit erkläre ich Joachim Buratti zum Mitglied der Kommission, die die Haushalte und die Rechnungsabschlüsse der Region zu überprüfen hat.

PRÄSIDENT: Wir setzen jetzt die Generaldebatte zum **Gesetzentwurf Nr. 75: Haushaltsvoranschlag der autonomen Region Trentino-Südtirol für das Haushaltsjahr 1997 und dreijähriger Haushalt 1997-1999 (eingebracht vom Regionalausschuß)** fort.

Der nächste Redner ist der Abg. Divina.

DIVINA: Grazie Presidente. Il mio intervento è rivolto per lo più al Presidente della Giunta regionale, il quale, in occasione della presentazione dei bilanci, ci fornisce quello che è un documento di prassi allegato all'aspetto più contabile del provvedimento, che sono le dichiarazioni del Presidente della Giunta regionale. Il guaio è che questi sono documenti che restano alla storia, sono atti che manifestano volontà dell'esecutivo del suo Presidente e sono atti che non sono solo fatti perché così è previsto, per poi essere messi in qualche cassetto, ma sono atti che purtroppo i consiglieri possono anche leggere. Questo che cosa vuol dire? Che possiamo, leggendo queste righe, intravedere tante contraddizioni, tante falsità.

Se dovessi marcare con un titolo questo documento, lo chiamerei libro delle bugie e sono anche convinto che la tecnologia avanza con passi velocissimi e che fra qualche anno vi saranno dei libri tridimensionali ed in quel momento ad un documento di questo tipo vedremo spuntare un naso appuntito, che implicherebbe che questo è un documento da Pinocchi, un documento pieno di bugie.

Parto con l'aspetto più simpatico di questa relazione, dove il Presidente della Giunta regionale afferma che secondo lui la grossa riforma sarà quella che dovrà vedere la nuova organizzazione dello Stato e che dovrà essere una confederazione di Regioni, che realizzi in uno Stato unitario ed autorevole - questo "autorevole" piace poco - un'amministrazione centrale leggera ed un accentuato autogoverno regionale e locale.

Un esponente, come il sottoscritto, della Lega Nord dovrebbe dire miracolo, abbiamo sfondato anche l'ultima porta a livello locale, perché quando la Lega presentò un documento che ricalca quello che sta dicendo il Presidente della Giunta regionale ed era il 6 novembre del 1994, ed eravamo a Genova, si portò in quella sede un documento, fu votato da un'assemblea generale degli aderenti alla Lega, che diceva esattamente queste cose.

Quello che Grandi dice: "Una rilevante opportunità storica si apre in questo contesto per il Trentino-Alto Adige: la sua trasformazione in un Land o in un Cantone, nel quadro di una Confederazione nazionale, secondo il modello tedesco o svizzero, che preveda il Senato delle Regioni e il pieno autogoverno regionale", noi lo avevamo detto due anni fa e sancito in documenti in quell'epoca, però fummo contestati a tutti i livelli da tutte le forze politiche di questo Consiglio, che a distanza di due anni hanno la spudoratezza di mettere nero su bianco queste considerazioni.

Il Presidente della Giunta considera che rappresenta un risorsa estremamente positiva, in relazione alla nuova articolazione federalista che lo Stato vuole darsi, questa nostra esperienza di autogoverno e questa nostra possibilità di ampliarlo, portandolo alla confederazione delle Regioni che vorrebbe realizzare Grandi.

Il guaio è che la Regione arriva tardi su questo problema, perché il mondo non si è fermato nel frattempo ad aspettare che anche le Regioni periferiche, quelle che hanno avuto un'esperienza di autogoverno avanzato, rispetto alle altre Regioni, dessero il via al grande processo. I processi non si fermano, la storia non si ferma e purtroppo se un costituzionalista, un'analista, o anche un politico accorto dovesse guardare la fotografia del paese, dovrebbe ammettere purtroppo che oggi il federalismo in Italia non è più applicabile, adattabile, sarebbe una riforma nata vecchia, nata morta, che non produrrebbe più gli effetti che avrebbe potuto produrre 3, 4, 5 anni fa.

Adesso vi è una differenza di sistemi economici tra il nord ed il sud del paese, che quella massa di paese che non è autonoma economicamente, che non ha un sistema economico che regga, non potrebbe accettare la riforma federalista. Tenere un po' di più ricchezza a casa propria della ricchezza prodotta, andrà bene per quelle poche Regioni del nord che riescono a produrre molto di più di quanto abbisognano e che adesso erogano molto in assistenza, in solidarietà che lo Stato molto bene riesce a fare, preleva da una parte e dall'altra distribuisce, solo queste Regioni potrebbero accettare un modello federalista, ma è impensabile che Regioni che non hanno un sistema economico che possa reggere nel contesto di un sistema federalista, lo possano accettare.

Pensiamo agli stanziamenti che lo Stato italiano eroga nel meridione d'Italia per mantenere l'occupazione, i redditi, per dare in qualsiasi modo ad ogni famiglia un'entrata, il sostegno dei redditi delle famiglie. Lo fa in mille modi, lo fa garantendo con lo SCAU l'assistenza ai contadini, che non hanno neanche mai visto la vanga in vita loro, erogando false pensioni di invalidità, sussidi alle famiglie, pagando cassa integrazione di lavoratori che non hanno mai lavorato un giorno, ditemi voi se quei cittadini di quelle Regioni che hanno un reddito, che non deriva dal proprio lavoro, ma sono trasferimenti dello Stato, come possono domani provvedere ognuno alle loro esigenze. Questi saranno i primi che imbracceranno forconi o lupare, andranno a Roma, metteranno le mani sulle casse del fisco e porteranno a casa tutto quello che potranno. Si opporranno con tutte le loro forze alla riforma federalista, ma non per questioni di principio, per questioni di bisogno, di impellenze.

Avevo sottolineato l'intervento che aveva fatto il collega Ianieri, che aveva argomentato che noi abbiamo bisogno del sud, perché i prodotti del nord sono in parte acquistati da consumatori del sud di questo paese ed aveva dato una visione catastrofica alla richiesta indipendentista della Lega, dicendo che sarebbe stato un qualche cosa di negativo per il paese. Purtroppo dimentica, cons. Ianieri, che quei paesi che producono 10, prendiamo una Basilicata e che ha 100 in cambio dallo Stato e che quel 100 che ha dallo Stato sono introiti che lo Stato va a chiedere ai cittadini, ai produttori del nord, è una partita di giro, se il nord non troverà mercati al sud li troverà altrove, ma come si va a dire se chiudo quella famosa falla che mi permette di non avere mai una vasca con

dentro dell'acqua, chiudendo la falla, quel fiume di assistenza, il sistema va peggio di prima. Potremo trasformarlo da matematico a modello idraulico, che si spiega da solo.

Adesso il nord mantiene uno Stato che non funziona, uno Stato inefficiente, mantiene un sud che non è in grado di mantenersi, e qualcuno sostiene, come il cons. Ianieri, che se chiudessimo una delle nostre grandi uscite staremo peggio di prima.

Veniamo adesso a tutte le contraddizioni che si leggono in questo documento. La Giunta intende promuovere in tempi brevi nome di attuazione riguardanti il credito, la previdenza, la giustizia, l'energia. Di credito e previdenza parliamo dopo, perché vorremo chiedere cosa ne pensa veramente questa Giunta, perché abbiamo sentito esponenti parlare lingue diverse, qua siamo una Provincia multietnica, multilingue, però in termini di obiettivi non possiamo permettere di avere visioni differenziate.

Perché parla di energia la Regione? Neppure la Provincia riesce ad adottare una norma, in grado di riappropriarsi del patrimonio delle centrali delle sue risorse, cosa ci si vuole sovrapporre, non si è riusciti a risolvere il problema a livello di Provincia, entrare in materia energetica anche a livello regionale? Siamo soddisfatti per aver forzato una porta che sembrava blindata e abbiamo portato la materia energia fortemente all'interno delle istituzioni, siamo felici che quasi tutti adesso dicano che è necessario riappropriarci di queste grandi risorse, miracolo potremo dire per la seconda volta, però per dichiarazioni di intenti e di volontà vediamo che si perseguono strade che si sono indicate prima.

E' del 1995 il rinnovo di una concessione edilizia, della Montedison per la centrale di Pozzolago, che avrebbe potuto immediatamente essere portata, riappropriata al patrimonio dei comuni e nel 1995 si è firmato un atto concessorio, che la concede al precedente concessionario fino al 2017, quando si dice di voler entrare in possesso della propria risorsa di centrali ed acque per lo sfruttamento, senza far rumore, senza portare nel dibattito alcunché, si continua la vecchia strada, concedendo favori gratuitamente ai precedenti concessionari.

Il Presidente Grandi afferma che è il caso di operare nel campo della privatizzazione, dell'energia elettrica e consentire la partecipazione ai comuni e via dicendo. Siamo convinti di questo, ma siamo molto dubbiosi, perché ci sembra che la Provincia autonoma di Trento non stia prendendo questa strada, si sta sviluppando un grosso dibattito in Provincia di Trento, ma ci sembra che queste concessioni dovrebbero essere lasciate a questi comuni. Per quanto riguarda l'energia elettrica, ci sembra che l'assessore competente in materia abbia un orientamento diverso e poiché mi sembra che le maggioranze siano omogenee in Regione ed in Provincia, ci chiediamo quale sia l'orientamento, se è quello che veramente si fa in Provincia di Trento o è quello che scrive su queste righe il Presidente della Giunta Grandi.

Sistema elettorale. Leggo tre principi ai quali la Giunta intenderebbe ispirarsi per la riforma del sistema elettorale: migliorare la rappresentatività, arginare la tendenza alla frammentazione e assicurare maggiore stabilità agli esecutivi. Già affermando tre principi di questo tipo si dice una prima grande sciocchezza, perché la miglior rappresentatività è lo specchio del corpo elettorale all'interno dell'organo

istituzionale, il sistema proporzionale sotto l'aspetto di miglior rappresentatività è il sistema in assoluto che meglio rappresenta gli elettori, che chiaramente stride con il terzo principio, assicurare maggiore stabilità agli esecutivi, la qual cosa cozza inevitabilmente, perché quando una comunità si deve dare una regola, deve sapere a cosa mirare, o questa fedele rappresentanza delle correnti politiche di pensiero o sacrificare la rappresentatività e privilegiare la stabilità, prendo un sistema che scavalchi la fedeltà rappresentativa, ma permetta anche una piccola maggioranza, qualora maggioranza si riesce a costituire, una grossa rappresentatività politica e pertanto maggiori garanzie di governo, di stabilità, di governabilità.

E chiaro che, se uno scrive questi tre principi come riferimento, già fa confusione, perché esclude l'altro. Siamo convinti che una sola può essere la riforma seria, che riuscirà a fare questa frammentata assemblea, che è la microriforma, ma è la riforma che con il minimo sforzo darà la massima risposta agli innumerevoli problemi di questa fase politica, che è nè provinciale, nè regionale, ma generale, storica, epocale questa trasformazione del sistema politico, è inevitabile che si paghi sotto l'aspetto della governabilità, perché le rivoluzioni, i grandi cambiamenti operano in modo traumatico, se non si vuole operare in tale modo, se non si vogliono abbattere fisicamente le persone, tagliare metaforicamente le teste, questo prezzo che non lo vogliamo pagare, perché vogliamo fare riforme e trapassi generazionali incruenti, li pagheremo sotto un altro aspetto, quello di una transitorietà che sarà caratterizzata da instabilità governative, ma il minor prezzo che si può pagare in una fase rivoluzionaria, perché di questa fase si sta trattando, perché il partito che ha governato per 50 anni il Trentino non esiste più, la D.C. si è annientata, il partito che negli ultimi anni ha governato con la D.C., cioè il partito socialista non esiste più, tre quarti dei rappresentanti politici di questa legislatura sono nuovi, della politica e partiti che rappresentano partiti che nulla hanno a che fare con il sistema tradizionale.

E' una vera e propria rivoluzione politica. Le rivoluzioni portano anche ad una fase di instabilità provvisoria, temporanea, solo una soglia, da più parti è uscito, che va discussa, che va mediata con le esigenze della proporzionalità dell'Alto Adige, con il rispetto delle minoranze dell'Alto Adige, è l'unica riforma seria e possibile che questo Consiglio può varare. D'altronde ho grande rispetto per le persone che riescono in modo autorevole ad importi sulle opinioni divergenti e riescono a realizzare le proprie convinzioni, i propri ideali e mi sembra che il Presidente della Provincia di Bolzano sia una persona caratterizzata da grande determinazione, grande caparbia, grande rispetto nell'ambito del suo partito e che quando parla non sia una persona che parla a vanvera, perché le persone autorevoli non se lo possono permettere, le persone che parlano a vanvera non saranno mai persone autorevoli e rispettate e mi sembra che il Presidente della Provincia di Bolzano Durnwalder abbia detto che l'unica cosa seria da fare è una riforma, con l'introduzione di una soglia elettorale e che non si parli di differenziazione del sistema tra Trento e Bolzano, perché è pura pazzia, utopia.

Bene, un uomo, senza giustificare molto, con poche parole, ha fatto la sentenza e questa è l'unica cosa che si potrà fare, viceversa nella relazione del

Presidente che dovrebbe fare le riforme, dice un po' tutto e non dice assolutamente nulla, perché non sappiamo, leggendo questo documento, che riforma si andrà a fare.

Noi invece sappiamo cosa si vorrebbe fare da una parte delle forze che compongono questo Consiglio, una riforma elettorale in che maniera? Nella maniera che fanno le classi dirigenti politiche in declino, quando una classe dirigente politica è in declino, ma governa ancora la possibilità di governare, ma non rispetta più la volontà dell'elettorato all'esterno, propone quelle modifiche dei sistemi elettorali che le permetteranno, pur perdendo voti e consensi, di mantenere o di aumentare la propria rappresentatività e questo è quello che l'area dell'Ulivo, che fa riferimento a questa maggioranza, come alla maggioranza della Provincia di Trento, ha portato come volontà politiche in questa assemblea.

Probabilmente chi vede perdere efficacia attorno al proprio progetto non osserva le regole della democrazia, quello che gli interessa è la propria sopravvivenza, che si ottiene giocando con carte truccate, dando alla legalità il compito di sostituirsi alla rappresentatività.

Uno non rappresenta qua dentro i voti, i consensi, la volontà della gente, ma rappresenta quella volontà filtrata da un sistema elettorale, che scompagina completamente le volontà iniziali. Cosa vorrebbe fare l'Ulivo in questa assemblea? L'Ulivo ha capito una cosa, che forse è l'unica area che riesce a creare un cartello elettorale, a creare una coalizione attorno ad un unico progetto, mediato, litigato, ma comunque l'Ulivo riesce a fare cartello elettorale e sa che potrà ottenere un 35% di consensi, ma non bastano per governare o per comandare, bisogna ottenere un sistema che moltiplichi questo 30% di voti nel 60% dei consensi, cioè della rappresentatività. Con il 30% dei voti si vorrebbe occupare il 60% dei posti di questa assemblea.

Quello che a noi spiace è vedere un'altra area che ha tentato in qualche modo di mettersi assieme, cioè l'Abete, che a dire la verità era poco omogenea ed ha poco creduto anche nel progetto che ha portato avanti, che comunque serviva per contrapporla, accettare in modo succube questa imposizione che viene da quell'area di sinistra, che sembra stia dettando regole a tutti i livelli, dal Parlamento italiano, dal governo di questo paese, alla Provincia, alla Regione, ai maggiori comuni di questa Provincia. Avranno la forza per fare questa riforma truffa? Avranno la forza se annienteranno completamente innanzitutto i consiglieri e fisicamente della Lega, perché noi faremo di tutto per non far passare la riforma truffa delle truffe che mai siano state proposte in assemblee legislative, noi siamo anche convinti che in quell'area esistono grandi interessi di bottega da difendere, perché guardate che a Trento, che conta molto di più di questa Regione e delle competenze che hanno gli assessori di questa istituzione, assumiamo due assessori di importanti settori, che assieme non arrivano nemmeno al 2% dell'elettorato trentino, fanno riferimento all'area socialista, non li voglio citare e fanno riferimento all'area dell'Ulivo, ramoscelli di questo Ulivo che sommati sono lo 0,... governano con posizioni di estrema immagine, rappresentatività e potere la Provincia di Trento.

Pensate che questi possano accettare una soglia che li vedrebbe annientati? Faranno i salti su questi tavoli e vorranno in ogni caso appoggiare la riforma. Cosa farà

l'Ulivo? Farà finta di unirsi per gli interessi di bottega, che stanno nell'universo politico di sinistra, per avere questo premio e poi ridiversi, perché poi litigheranno anche loro, quale stabilità garantirà questo sistema? Darà la stabilità in fase preelettorale, che su un cartello si troverà convergenza, ma una volta ottenuto il premio pro-quota, di nuovo ci sarà la fase dell'instabilità, perché noi vediamo la sinistra come poi si frantuma, Rifondazione gioca la sua battaglia ed ha ragione, Solidarietà fa la sua battaglia solitaria ed ha ragione, la Rete si membra ed hanno perfettamente ragione, che senso ha dare un premio ad un'area, quando poi tutti in quell'area vorranno un distinguo e per la governabilità non avremmo fatto assolutamente nulla?

Diciamoci una cosa, qui vorrebbero portare una riforma che fa sì che a Bolzano si voti in un modo ed a Trento si voti in un'altra maniera, tanto si fa così, ho sentito dalla assessore Chiodi, anche con la legge per la elezione dei comuni. Questo è vero, ma la legge che differenzia Trento da Bolzano per l'elezione dei comuni, in un'assemblea tutti sono eletti con le stesse regole, a Trento i consiglieri del comune di Trento, come Rovereto, sono eletti tutti con lo stesso sistema. Come pensiamo di avere un'unica assemblea con rappresentanti eletti in modi diversi, così che a Bolzano bastano 3.000 voti per ottenere un seggio in Consiglio regionale ed a Trento ne serviranno quanto meno 15 mila, perché quando saremo qua, chi rappresenta 3.000 cittadini equivarrà a chi rappresenta 15 mila cittadini, è possibile? Secondo me è incostituzionale ed ecco perché sicuramente ci sarebbero risvolti di carattere di incostituzionalità, l'assessore Chiodi si avvale di grossi costituzionalisti per trovare la strada in mezzo a tutti i cavilli e poter portare quello che già il suo partito ha deciso, ma dando una veste giuridica, supportata da consulenti di indubbia fama nazionale.

Visto che sto parlando della mia collega Chiodi, mi chiedo quanto lavora un assessore in Regione, quante ore lavora, noi abbiamo fatto un calcolo ed abbiamo detto: se un assessore in Regione lavora mezz'ora è uno stacanovista, chiedo scusa a coloro che hanno competenze maggiori che li impiegano sicuramente di più - concludo Presidente - ma facendo una media, la Lega quando si discusse quale assetto dare alla Regione disse immediatamente sì, però eliminiamo almeno quello che si poteva, un assessorato va bene, se si fanno le cose per bene, la Lega darà un appoggio a questa Giunta, chiaramente giudicando i progetti. Cosa costa un assessore? Costa un miliardo e mezzo alla comunità, 80 milioni è il costo complessivo di un segretario personale, 100 milioni è il costo di un ufficio con due impiegate, ecc., cinquanta milioni è il costo di un autista, 20 milioni l'ammortamento di un auto blu, 60 milioni aggiungivi, l'indennità all'assessore, fanno 300 milioni che moltiplicati per 5 anni, la durata di una legislatura, risulta che un assessore che lavora mezz'ora al giorno costa un miliardo e mezzo alla comunità trentina.

L'assessore Chiodi, che ha solo il compito di fare la riforma elettorale, che ha deciso di non farla lei, ma affidarla a consulenti esterni, quante ore lavora al giorno? A cosa serve quell'assessorato? Se è un assessorato istituzionale, che gestirà esclusivamente la riforma, perché non porlo in capo al Presidente e lasciarlo libero quell'assessorato? Questo era quello che voleva la Lega, vedere un segnale, che non è mai arrivato.

Presidente, voglio essere ossequioso dei tempi, però dovrò fare un intervento sull'articolato, perché ci sono tantissime altre cose che devono essere sottolineate in questa relazione.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Delladio.

DELLADIO: Grazie signor Presidente, egregi colleghi, per fare dei ragionamenti bisogna basarsi o su delle affermazioni fatte dai colleghi o su documenti, ebbene sono andato a confrontare le linee di programma lette in aula nel lontano 10 novembre 1995, e le linee programmatiche di oggi, un anno dopo dell'allora ed attuale Presidente della Giunta regionale Grandi.

Ho riletto la relazione che conteneva i progetti che dovevano essere attuati nel 1996 ed ho notato che numerose affermazioni ed obiettivi sono stati accantonati e tante affermazioni le ho trovate contraddittorie nella relazione che andiamo ad analizzare attualmente.

Voglio proporre all'aula alcune osservazioni in merito a questo confronto, fra la relazione del 1995 e la relazione di adesso del 1996. Nella relazione del novembre 1995 noi troviamo molti termini che si riconducono alla Regione, il termine Regione è usato a piene mani, una trentina di volte, invece nella relazione di adesso vediamo che il termine Regione è usato pochissime volte, sostituito con "Province di Trento e Bolzano" o Trentino-Alto Adige. Pertanto rilevo che questa relazione è disgregante, o meglio assecondante alle aspettative dello SVP. E' una relazione, a mio avviso, asservita a chi vuole disgregare l'istituto Regione.

Un'altra osservazione che voglio proporre all'aula è quella che troviamo a pag. 4 della relazione del 1995, cosa scriveva il Presidente allora, che è lo stesso di adesso, diceva che motivi per il venire meno del ruolo della Regione del tipo di quelli che hanno richiesto le modifiche del 1971, non sussistono nemmeno in via di pura ipotesi. Quest'anno invece il Presidente scrive di momenti confederativi comuni fra Trento e Bolzano, centrati principalmente sulla funzione legislativa, parla di un'interrelazione come funzione di servizio, in un contesto di confederazioni delle Regioni, in uno stato unitario con un'amministrazione centrale leggera e un accentuato autogoverno regionale locale. Il Presidente Grandi parla di un Trentino-Alto Adige trasformato in un Land o in un Cantone, sul modello confederativo tedesco o svizzero, modelli completamente diversi, ma tanto al Presidente non interessa, l'importante è dire qualche cosa, anche se non esiste una certa logica.

A pag. 11 della relazione di quest'anno, il Presidente scrive e sottoscrive che per definire il terzo Statuto di autonomia sia indispensabile dare vita ad un organismo politico e giuridico pienamente legittimato, promosso dal Consiglio regionale con compiti analoghi a quelli a suo tempo svolti dalla Commissione dei 19. Poi continua dicendo che sarebbe opportuno varare, entro il termine della legislatura, una riforma del sistema di elezione dei consiglieri regionali, attraverso meccanismi che favoriscono la governabilità e l'alternanza e poi continua specificando che per la Provincia di Bolzano si consiglia di adottare formule elettorali, il cui obiettivo sia prioritariamente quello

della rappresentanza e che per evitare l'esplosione di conflitti tra gruppi linguistici, etnici o religiosi, la formula proporzionale pura è quella più comunemente adottata, di fatto, evidenziando la differenza o la volontà di differenziare il sistema elettorale fra la Provincia di Trento e di Bolzano.

Ricordo all'aula che anch'io, come primo consigliere di quest'aula ho depositato un disegno di legge per la riforma dell'elezione dei consiglieri regionali, che poneva una soglia per la sola Provincia di Trento, ma ho già motivato questo con il fatto che la proposta di legge, come prima proposta di legge, serviva a stimolare le forze politiche presenti in quest'aula, a presentare analoghe proposte di legge. Ritengo che una soluzione a Statuto invariato, come quella di porre una soglia comune fra il Trentino e l'Alto Adige, possa essere discussa e magari anche approvata in quest'aula.

Dobbiamo ricordare sempre che lo Statuto di autonomia è legge costituzionale, solo il Parlamento in doppia lettura può portare modifiche alla stessa.

Voglio ricordare ancora alcuni concetti che ho già evidenziato in quest'aula, in passati discorsi, che è importante conferire alle Regioni la possibilità di scrivere le proprie regole per l'elezione dei consiglieri regionali, è opportuno andare verso un sistema maggioritario, magari con l'elezione diretta del Presidente della Provincia di Trento o di Bolzano o del Presidente della Giunta regionale, magari scegliendo anche collaboratori esterni all'esecutivo.

Nella relazione del 1995 il Presidente, in tema di riforme sostanziali, diceva che bisogna porre mano alla legge sull'elezione diretta del sindaco, sulla legge per le indennità di carica degli amministratori comunali e sull'ordinamento delle comunità comprensoriali. Ebbene, queste leggi dove sono, chiedo al Presidente, sono ancora nel cassetto, sono bloccate, ma non a causa della minoranza, anzi erano state bloccate a suo tempo da una minoranza -parlo esattamente del PDS - che ora è maggioranza. Voglio dire che non si può ascrivere alle attuali minoranze di quest'aula il blocco dei disegni di legge, fermi a mai più discussi.

Sempre a pag. 11 della relazione del 1995, che evidenziava gli obiettivi di questa Giunta, di questa maggioranza nell'anno 1996, si dice che si devono predisporre degli importanti disegni di legge per l'adeguamento dell'amministrazione comunale, ai principi introdotti dalla legge 421 del 1992, legge nazionale, nel quadro della crescente responsabilizzazione dei vertici dirigenziali e della progressiva privatizzazione del rapporto di pubblico impiego, anche integrando la legge n. 1 del 1993, sull'ordinamento dei comuni.

In quella relazione troviamo altri particolari, attinenti la riforma elettorale comunale e l'adeguamento della contabilità comunale ed i nuovi principi introdotti dal decreto legislativo n. 77 del 1995, con l'adozione di un sistema di contabilità economica. Dove sono questi disegni di legge? Non per niente proprio oggi ed insieme ad altri consiglieri regionali, ho firmato un ordine del giorno che stimola l'esecutivo a produrre, entro sei mesi, riforme di questo tipo.

Ho voluto evidenziare con questo confronto fra le due relazioni, quella del 1995 e quella del 1996 attuale, le contraddizioni, le promesse non mantenute e l'assenza di progettualità politica di questo esecutivo e del suo Presidente.

In tema di Regione voglio ricordare le affermazioni fatte dal collega Atz in quest'aula. Il cons. Atz diceva che la posizione dello SVP è sempre la stessa "a medio termine scioglimento della Regione" e poi continua: "il diritto di autodeterminazione, per quanto riguarda il Sudtirolo, verrà enunciato quando sarà il momento opportuno". Il cons. Atz poi si rivolge agli amici trentini, chiedendo loro di dire cosa vogliono, perché i trentini da 50 anni sollevano polemiche ogni volta che lo SVP evidenzia i propri obiettivi. Continua ancora il collega Atz condividendo il progetto dei due Lander, sostenendo la tesi e le motivazioni del Vicepresidente collega Pahl, il quale dice che bisogna sfruttare e lo SVP sfrutterà qualsiasi occasione storica per raggiungere gli obiettivi prefissati.

Ebbene, lei Presidente, sposando in pieno gli obiettivi dei colleghi Atz, Pahl e dello SVP tutta, ha svenduto il Trentino. Mai come in questo momento storico il Trentino è in pericolo di perdere la propria autonomia e le proprie prerogative, abbandonato e snobbato da Vienna, attaccato e vituperato dalle Regioni e Province italiane con termini, perché considerato parassita che vive di risorse non proprie o di altri. Ad aggravare la situazione più volte emersa, sia in Consiglio provinciale di Trento, che in Consiglio regionale, c'è che la maggioranza del Trentino, integrante la maggioranza regionale, parla ed agisce in ordine sparso in tema di autonomia e decentramento.

In settembre abbiamo ricordato il 50° anno della firma dell'accordo Degasperi Gruber, ebbene questo accordo documenta che storicamente il Trentino non ha conquistato l'autonomia per forza propria, ma solo grazie alla sua vicinanza geopolitica con l'Alto Adige, non ho alcun imbarazzo a riconoscerlo. Tuttavia la strada, che sotto il profilo giuridico ci ha portato ad acquisire l'autonomia per via indiretta, in virtù della nostra prossimità alla Provincia di Bolzano, nulla toglie al principio, in base al quale, anche a prescindere dalle conseguenze a noi favorevoli del patto internazionale, sottoscritto dai due statisti, a Parigi 50 anni fa, che il Trentino avrebbe avuto e mantiene il diritto di governarsi da sé, si tratta di un diritto che non discende dalle vicende della storia recente, ma fonda le sue radici in una tradizione millenaria e soprattutto in una corretta interpretazione del rapporto Stato-comunità o Stato-Regioni, secondo la quale il primo, lo Stato, è il punto di raccordo e di equilibrio dell'autonomia delle seconde, le comunità regionali e non il centro del sistema, come invece si è creduto e si continua a credere.

In questo momento voglio ricordare a quest'aula la mia provenienza, io vengo dalla valle di Fiemme, dove esiste un esempio storico di autonomia antica, un'autonomia nell'autonomia, la magnifica comunità generale di Fiemme, che nel corso dei secoli si è mantenuta, ha sopravvissuto, ha tutelato i patrimoni silvopastorali esistenti su quel territorio ed ha una discreta autonomia.

In altri termini solo una visione statalista può far ritenere che oggi il Trentino debba meritarsi nuovamente l'autonomia, escogitando chissà quali ragioni politiche, per rilegittimare e riaccreditare, al pari dell'Alto Adige, il proprio diritto a mantenere i poteri e le risorse gestiti dal dopoguerra ad oggi. Quei poteri e quelle risorse non sono esclusivamente riconducibili al frutto di una benevola concessione dall'alto, in

quanto tale sempre revocabile, ma appartengono ad una libertà che lo Stato nazionale ha il dovere di servire e non di usurpare. Gli stessi sudtirolesi oggi, quando propongono di smantellare l'istituzione regionale, non mettono affatto in dubbio l'autonomia della nostra Provincia, ma affermano un valore che impone il rispetto tanto della loro specificità, quanto della nostra di trentini e di ogni altro popolo.

Intendo una specificità non intesa come separatezza, o in contrapposizione a qualcuno, ma da interpretare come una maggiore capacità di relazione con gli altri, comunità locali, Regioni, o euroRegioni, nella cornice generale di uno Stato italiano veramente federale e all'interno di un'Europa altrettanto federale, che nei loro rispettivi ruoli si rendano cioè garanti del pieno rispetto e dell'equilibrio generale nei rapporti tra le molte diverse autonomie.

Questa è la risposta forte e convincente che occorre dare alla secessione gridata in riva al Po' dalla Lega Nord, per l'indipendenza della Padania, in particolare del suo Leader Umberto Bossi. Non c'è dubbio che sotto questo profilo risulterà decisiva la disponibilità alla revisione della Carta costituzionale, in termini non lesivi delle ragioni storiche, soprattutto delle funzioni proprie delle autonomie differenziate di alcune Regioni e Province d'Italia. L'accordo Degasperi-Gruber è stato il primo atto di un processo storico, in seguito al quale, oltre all'Alto Adige è diventato autonomo anche il Trentino, che in linea di principio avrebbe dovuto esserlo comunque e ricordavo le esperienze autonomiste, nate e maturate sul territorio non solo trentino.

Se non partiamo da questa convinzione avremo sempre il problema di doverci giustificare, sentendoci quasi in colpa per aver goduto di un vantaggio che solo fortuitamente e non certo perché abbiamo dimostrato qualità migliori di altri, siamo riusciti ad ottenere.

Occorre favorire una coabitazione rispettosa delle differenze emergenti in quest'area, coabitazione che si realizza soltanto per mezzo di una relazione sistematica fra le differenze, senza questo fitto scambio e dialogo tra popolazioni italiane e ladine del Trentino e popolazioni italiane, ladine e tedesche dell'Alto Adige, l'autonomia regionale e, a maggior ragione, l'autonomia della Provincia di Trento non si giustificano più. Senza questo continuo interfaccia a tutti i livelli non si giustifica più la Regione, quindi non regge neppure la speciale autonomia, assegnata anche alla Provincia di Trento, poiché oggi la politica trentina non fa nulla, al di là di una sterile professione di fede euroregionale, per rinsaldare e sviluppare concretamente questo sistema di relazioni con la Provincia di Bolzano italiana, tedesca e ladina, lo SVP tira una conseguenza pragmaticamente ineccepibile, quando propone di abolire la Regione, essendo già un dato di fatto incontestabile la sostanziale separatezza delle due Province.

Il partito di raccolta sudtirolese tuttavia sbaglia, quando afferma che l'autonomia di Trento non soccomberebbe a questo cambiamento, vale a dire all'azzeramento della Regione, perché non basterebbe certo aggrapparci alla secolare cultura e tradizione autonomistica della comunità trentina, per conservarne le speciali competenze e soprattutto le particolarissime risorse.

L'ancoraggio dell'autonomia trentina è essenzialmente regionale, è vero quindi che Trento e Bolzano devono camminare insieme nella cornice della Regione,

ma per convincere di questo i sudtirolesi occorrono proposte precise, interessi forti da condividere, iniziative politiche comuni da portare avanti in due e con maggiore successo, proprio perché non da soli in tutte le sedi esterne, quando si tratta di discutere con Roma, Innsbruck, Bruxelles, nonché con interlocutori pubblici e privati di rilievo.

Su questa necessità di sinergia con Bolzano, prima e più ancora che con Innsbruck, appare in tutta la sua evidenza l'immobilismo del Partito Autonomista Trentino Tirolese, oggi al governo della Provincia di Trento e della Regione. Sappiamo infatti che il PATT, sulla carta affiliato al partito di raccolta sudtirolese, è in realtà tagliato fuori dalle strategie e dai rapporti politicamente più interessanti dello SVP.

Quella che quindi poteva essere una grande occasione di rilancio dei contatti e della collaborazione fra Trento e Bolzano, data l'affinità autonomistica dei due partiti alla guida delle due Province e della Regione, si sta invece rivelando un rischioso passo indietro rispetto agli ideali dell'accordo Degasperi-Gruber, ideali di integrazione, cooperazione, che sono l'unica vera forza e speranza di futuro per l'autonomia trentina, mentre possono non esserlo per l'autonomia sudtirolese, il cui carattere interetnico legittima la sua specialità. Ideali di integrazione e di cooperazione per coltivare nuovamente i quali occorre oggi un nuovo, coraggioso accordo di collaborazione tra comunità diverse.

Le Province di Trento e Bolzano devono recuperare l'attitudine a comunicare in tutte le circostanze e su tutti i problemi che riguardano l'autonomia, ne ha vitale bisogno il Trentino, che diversamente perderà la sua autonomia, pur avendone diritto e necessità, ma ne ha bisogno anche l'Alto Adige, per rinforzare il proprio ruolo nei suoi confronti di Roma, sia nei confronti di Roma, che rispetto all'area tedesca della Mitteleuropa.

E' chiaro infatti che per rinsaldare e rilanciare i rapporti fra Trento e Bolzano, il nuovo patto regionale dovrà essere internamente solido, ma soprattutto proiettato verso l'esterno, in grado cioè di configurare una maggiore massa critica nei confronti di tutti gli interlocutori istituzionali, statali e sovrastatali, potenziando ed ampliando le capacità di penetrazione e di partecipazione di quest'area alpina alle scelte politiche nazionali ed europee.

Solo un nuovo accordo di questa natura tra Trento e Bolzano consentirà di superare costruttivamente l'attuale modello della Regione, rimasta effettivamente una scatola vuota, ma che oggi è indispensabile riempire di contenuti di grande valore e di interesse reciproco.

E' a partire da questo patto che le due Province potranno scrivere insieme il terzo Statuto della storia dell'autonomia, il primo creò la Regione, il secondo ha trasferito i poteri della Regione alle Province, il terzo dovrà fare della Regione lo strumento privilegiato di collaborazione interna tra Trento e Bolzano, per sviluppare la comunicazione esterna e quindi l'immagine autonomistica delle due Province. Nulla però lascia intravedere che questo è o sarà l'impegno del governo regionale.

La nuova Regione dovrà essere lo stabile per un punto di raccordo e di comune progettualità politica delle due autonomie provinciali, recependo i poteri che l'auspicata nuova carta costituzionale trasferirà alle Regioni nell'ottica del federalismo.

Le due autonomie provinciali sono quindi anzitutto chiamate ad impegnarsi con un nuovo accordo, a utilizzare lo strumento Regione come un mezzo potente per difendere la loro specialità, ma soprattutto per affrontare insieme e quindi con maggiori probabilità di successo le due grandi sfide esterne che si delineano all'orizzonte, quella della riforma in senso federale dello stato italiano e quella della competizione tra aree omogenee interregionali, economicamente forti nell'ambito del confronto europeo.

Unicamente in questa prospettiva a senso parlare di euregio alpina, un nuovo e robusto accordo che metta stabilmente in relazione Trento e Bolzano, in un quadro regionale diversamente inteso, anche in termini statutari, sarà la chiave per aprirci costruttivamente ad Innsbruck, avviando una collaborazione transfrontaliera operativa e non più soltanto sbandierata politicamente e molto demagogicamente per il gusto di irritare Roma o Vienna, anziché per ricavarne vantaggi visibili e concreti.

Ovunque esistono e funzionano e questo lo ho detto più di una volta in quest'aula, le euroRegioni, che sono molte, hanno questo taglio operativo e concreto, mai politico-istituzionale, ma anche su questo punto purtroppo la Provincia di Trento, in particolare, come pure quella di Bolzano insistono nell'errore di prospettiva, commesso nei primi due anni di questa legislatura.

Ritengo che quello appena prefigurato sia un percorso sensato e ragionevole, anche se richiede un coraggio politico, di cui i nostri attuali governi locali, trentino, altoatesino e regionale sono sprovvisti.

Parlando di cooperazione transfrontaliera voglio fare alcune considerazioni, dicendo che il progetto che non possiamo e non dobbiamo realizzare è quello della cosiddetta Regione europea del Tirolo; non ho difficoltà ad affermare che sono nettamente contrario a questo disegno, dal quale già la nostra auspicabile collaborazione transfrontaliera risulta più danneggiata che favorita. Con un eccesso di enfasi politica si è voluto attribuire carattere istituzionale, tanto forte quanto inesistente nella realtà, ad un rapporto, quello tra le nostre Province, Regioni e comunità che da tempo poteva e doveva invece essere intensificato sul piano operativo, pratico e concretamente interessante per tutti.

Altre euregio esistono già e funzionano egregiamente in Europa, ad esempio tra Länder austriaci, Cantoni svizzeri e stati della repubblica federale tedesca, cito fra tutte la positiva esperienza della comunità del lago di Costanza, che coinvolge anche il Vorarlberg, senza bisogno di assegnare a tali organismi di cooperazione l'ambiziosa e rischiosa patente istituzionale di Regioni.

Se parliamo di cooperazione transfrontaliera dobbiamo fare riferimento ad accordi che esistono già, dobbiamo fare riferimento alla convenzione di Madrid del 1980, dobbiamo fare riferimento all'accordo di Vienna del 1993 e solamente in questo solco ci si può muovere, attualmente non è ipotizzabile tracciare confini diversi dagli attuali.

E' ora di tornare ad interagire all'interno del quadro giuridico esistente, senza più battezzare con nomi impropri la cooperazione che deve esistere e svilupparsi tra le nostre comunità. Se vogliamo veramente difendere e promuovere la nostra autonomia, dovremo utilizzare fino in fondo le istituzioni che già esistono e non

rinunciarvi o inventarne di nuove. Per questo sono assolutamente contrario all'ipotesi di smantellare o sciogliere la Regione Trentino-Alto Adige, nella quale trova fondamento internazionale e costituzionale l'autonomia delle Province di Trento e di Bolzano. Oggi queste due autonomie speciali non sono affatto chiamate a separarsi, bensì a dialogare e collaborare di più dentro la cornice regionale che ci unisce ed in un'ottica europea con lo sguardo rivolto in particolare al di là del Brennero.

L'importante è rendere questa collaborazione sentita, percepita come utile e quindi partecipata dalle popolazioni che rappresentiamo e dalle forze sociali ed economiche, che attendono con grande interesse il decollo effettivo non solo a colpi di slogan di queste politiche di apertura.

E' indispensabile e fondamentale anche sensibilizzare e coinvolgere la gente, secondo il principio di sussidiarietà che in quest'aula è più volte ricordato anche a sproposito, perché questo è il nostro compito irrinunciabile di rappresentanti dei cittadini, stimolare l'autosviluppo sociale ed economico delle nostre comunità.

L'istituto Regione è una garanzia per i trentini, per gli italiani dell'Alto Adige, per i ladini, sia di Trento che di Bolzano. E' anche chiaro che la frammentazione politica contribuisce a renderci deboli noi trentini nei confronti delle coalizioni politiche più ampie, come lo SVP.

Un altro aspetto evidente è che sono assenti dalla scena leader che riescano a coagulare attorno a loro la forza e le risorse umane necessarie a transitare il difficile periodo che stiamo vivendo, al governo non ci sono più i politici carismatici di una volta, sostenitori di ideali e di progetti lungimiranti. La maggior parte di questa maggioranza opera sistematicamente per il proprio tornaconto elettorale. Ho già detto altre volte che il collante che unisce questa maggioranza eterogenea è il potere e le riforme, come ho evidenziato, giacciono nei cassetti e la Regione muore.

Un altro concetto importante che voglio ricordare è la difesa del Trentino, della Regione, delle istituzioni autonomistiche tutte, dobbiamo gestire oculatamente le risorse ed a tal proposito leggiamo quanto riportato nella relazione tecnica al bilancio di previsione della Regione per l'esercizio finanziario 1997 e bilancio triennale 1997-99. A pag. 3 si nota che la spesa corrente per l'esercizio 1997 è concretizzata in 501.494 milioni e si riferiscono ad erogazioni di carattere finale, di queste lire i 294.221 milioni si attribuiscono alla parte corrente (58,67%) concretandosi essenzialmente in consumi e trasferimenti di redditi, mentre lire 207.273 milioni si riferiscono a spese in conto capitale (41,33%).

Non è concepibile una così alta percentuale di spese correnti che, se esaminate secondo la classificazione amministrativa, ci accorgiamo che ai servizi di Presidenza vanno 142 mila milioni ed alla previdenza e assicurazioni sociali 142 mila milioni. Questa, evidenziando le spese correnti, che rappresentano il 58,67%, tale risultato mal si concilia con la miglior gestione delle risorse, quindi questo esecutivo deve essere bocciato.

Concludendo, un'ultima osservazione, il Presidente Grandi, non me ne voglia, egli è il cavallo di Troia prestato al Consiglio regionale per smantellare la Regione, per questo, signor Presidente, le chiedo un gesto di coraggio, si dimetta!

E' chiaro, dopo quanto detto, non voterò questo bilancio, un bilancio fallimentare, senza progettualità politica e preagonico per la Regione. Grazie.

Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter
Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il cons. Morandini, ne ha la facoltà.

MORANDINI: Signor Presidente, onorevoli colleghi, abbia il Presidente della Giunta, in particolare, un supplemento di pazienza nell'ascoltarci, sicuramente abbiamo a cuore oggi una valenza che pervade un po' il dibattito di questi ultimi tempi sulla Regione, chiaramente quindi investe anche il bilancio, come documento politico, primo ancora che contabile.

Mi rendo conto, Presidente, che parlare oggi della Regione è una questione che assume una delicatezza, una complessità sempre più forte, perché vari sono i gruppi etnici e sempre più vivaci dentro la nostra Regione e irrinunciabili e molte volte sempre più messe in discussione le ragioni della convivenza.

Quello che vorrei capire e non mi pare si evinca dall'attuale bilancio, è dove questo bilancio, questo governo della Regione voglia portare l'ente Regione stesso. Non mi pare che a tutt'oggi si faccia qualcosa per valorizzarne efficacemente le funzioni, dico subito che non sono dell'avviso che per rivalorizzare la Regione bisogna modificare lo Statuto, come qualcuno ha detto, semmai questa modifica potrebbe rendersi necessaria per una eventuale riforma elettorale, ma la Regione non la si valorizza in questo modo, nè tanto meno mi pare si possa rivitalizzare cercando di diminuire le funzioni amministrative, come recentemente più di qualcuno, all'interno della maggioranza, ha affermato.

Semmai, se si volesse rivisitare da questo punto di vista il ruolo della Regione, penso che sarebbe sia giuridicamente, sia politicamente più congruo il fatto di ripensare ruoli e portata delle funzioni amministrative e istituzionali della Regione, all'interno dell'intero assetto autonomistico, poi su questo mi spiegherò meglio.

Eppure, colleghi, sono fortemente convinto di questo e cercherò di darne dimostrazione, man mano che articolerò il mio ragionamento, che proprio oggi la Regione potrebbe rivestire un'importanza decisiva proprio nel sempre più delicato sistema di pesi e di contrappesi istituzionali, di garanzie, di forme di tutela complessivi dell'impianto organico dello Statuto, che a suo tempo furono saggiamente definiti dal legislatore costituzionale e anche dalle parti politiche locali.

Se questo è vero, come mi pare che sia, allora vuol dire che la Regione mantiene a tutt'oggi un irrinunciabile funzione di equilibrio e di garanzia, che per un verso la Regione e per altro verso lo Statuto stanno assolvendo e debbono cercare di assolvere. Per questo, colleghi, la Regione può e deve avere ancora un ruolo preciso, addirittura un ruolo propulsore e dinamico.

Vado ancora più nel concreto. Faccio riferimento ad un ruolo che, secondo me, può essere il futuro propulsivo della Regione, che è un ruolo che io vorrei definire

di coordinamento fra le due Province, che naturalmente deve avvenire su base regionale, naturalmente non un coordinamento così a parole, ma un coordinamento che deve essere istituzionalizzato, perché il coordinamento può esserci anche fra la Provincia autonoma di Trento ed il Liechtenstein, ma è importante che qui sia istituzionalizzato a livello statutario e quant'altro connesso.

Questo soltanto ci aiuta a garantire una vera cooperazione fra le due Province e soprattutto ne tutela e ne salvaguardia la rispettiva autonomia. Quindi la Regione con funzioni di equilibrio e di garanzia all'interno di questo assetto.

Diversamente, se la Regione rinunciasse a questo ruolo di competenza, di equilibrio e di coordinamento, che affonda radici lontane, allora ancora nell'approvazione dello Statuto, è chiaro ed evidente che rischia di prevalere l'interesse dell'una e dell'altra Provincia, fino adesso mi pare che purtroppo prevalga soltanto l'interesse dell'una, ma non è questo l'assetto autonomistico a cui lo Statuto ha voluto dare vita e l'intenzione degli allora amministratori e governatori, sia locali che nazionali.

In questo senso vorrei invitare il governo regionale a ripensare a questo proprio come un senso di rispetto di queste radici, a cui dobbiamo restare ancorati, cercando naturalmente di tradurre, in un contesto certamente cambiato, queste radici e questi valori intramontabili.

Allora se la Regione fallisce questo, è chiaro che soprattutto si verrebbero ad alimentare, in qualche caso questo sta già accadendo, dei contrasti fra gruppi linguistici diversi o incomprensioni fra le due Province. Ne abbiamo sovente alla ribalta della cronaca, esperienze in questo senso.

Vado ancora più nell'esemplificazione. Cosa intendo per funzione di coordinamento e istituzionalizzata e per oggi e nel 2000 funzione di equilibrio e di garanzia dell'ente Regione. Penso, per esempio, che la Regione potrebbe efficacemente coordinare le due Province in materia di Università, ne abbiamo parlato recentemente, penso che abbiamo assistito a questioni e anche a spartizioni di piccolo cabotaggio. Se nel tema e se sul problema dell'Università la Regione fosse capace di porsi come l'ente coordinatore, interlocutore di sintesi fra le due Province, che chiaramente esprimono esigenze diverse, talvolta contrapposte, penso che questa potrebbe essere una funzione concreta di cosa vuol dire oggi e negli anni a venire coordinamento fra un ente che ha nella gran parte competenze di tipo ordinamentale e per le radici statutarie funzioni di equilibrio e di sintesi fra le due Province.

Ancora in tema di transiti, talvolta se ne è parlato all'interno di quest'aula, non mi stancherò mai di dire che oggi pensare che il problema dei transiti riguardi soltanto una Provincia, per quanto possa essere importante, che quando va bene arriva a 460 mila abitanti o 500 mila è pensare fuori dal mondo, perché la Regione non potrebbe collocarsi come un ente di sintesi, un ente coordinatore fra le esigenze provinciali di Trento e di Bolzano in questo caso e poi anche oltre, come dirò fra poco, all'interno della collaborazione transfrontaliera in tema di transito, un tema sempre più importante e urgente, penso che i dati che abbiamo davanti ce lo testimoniano continuamente.

Ancora nel settore della tutela dell'ambiente alpino, è mai possibile che la Regione non possa, all'interno delle due Province, ergersi ad ente di coordinamento e di sintesi fra esigenze che molte volte sono collegate anche dal punto di vista qualitativo, oltre che quantitativo, ma che in altri casi invece esprimono delle sensibilità diverse e che abbisognano proprio di un ente di riferimento. Stessa cosa per l'agricoltura di montagna e qui tocco competenze su cui le Province si sono ampiamente esercitate in questi anni, io vedrei bene la Regione come ente di coordinamento per la salvaguardia di alcune caratteristiche comuni in materia di politica culturale.

In sostanza ci sono oggi ragioni, a mio avviso, fortemente pratiche, fortemente realistiche, proprio di maggiore funzionalità ed economicità se si appunta in capo alla Regione il compito di farsi ente di coordinamento, ente di equilibrio e di sintesi fra queste istanze diverse fra le due Province. Potrei portare come esempio anche quello della sanità, si è parlato recentemente di cardiocirurgia, di neurochirurgia, quando sappiamo bene che per ragioni di economicità e di servizio reale e anche di elevatura della qualità professionale degli operatori sanitari, un bacino minimale di utenza per queste branche, mi riferisco in particolare alla cardiocirurgia, dovrebbe aggirarsi minimo sugli 800 mila, 1 milioni di abitanti, è inutile che facciamo le guerre di campanile, per le quali vediamo che la reclama prima Trento, poi Rovereto e quant'altro.

Penso che oggi è tempo ed ora urgente ripensare questo tipo di dislocazione delle risorse, anche sanitarie e quindi di programmazione dal punto di vista organizzativo per la miglior tutela del paziente, su base che chiaramente trascende l'ambito provinciale, diversamente assistiamo a concorrenze che alla fine si ripercuotono dannosamente sulla pelle dei pazienti.

Di tutto questo a me non pare ci sia traccia sul bilancio regionale, allora non vorrei che si andasse ad alimentare una sorta di eutanasia della Regione, noi per ragioni a tutti note siamo contrari all'eutanasia della persona, siamo anche contrari all'eutanasia della Regione, siamo contrari, lo dico fermamente, al fatto che si pensi in un modo o nell'altro, più o meno elegantemente di far fuori questo ente, perché da questa eventuale morte ne deriverebbe sicuramente un danno per l'autonomia e quindi per la convivenza pacifica fra gruppi linguistici diversi, ecc.

Penso che le ragioni storiche, politiche, culturali che hanno portato i nostri legislatori, prima ancora i legislatori costituzionali, l'assemblea costituente in questo senso è stata maestra a pensare all'interno delle autonomie a Statuto speciale, una Regione Trentino-Alto Adige con certi tipi di caratteristiche, che poi lo Statuto di autonomia, profondamente, debbo dire anche con passione, oltre che con competenza giuridica, ha declinato, penso che diversamente sarebbero svilite.

Tocco soltanto il tema delle minoranze linguistiche, per il quale va dato atto che anche all'interno della Provincia di Trento si sta muovendo qualcosa, quindi va dato atto anche ai proponenti di varie proposte, a chi le ha sostenute, come molti di noi, che c'è sicuramente un aumento di attenzione, però mi pare manchi ancora una reale attenzione per far sì che si colmino i divari presenti a tutt'oggi, fra il trattamento che

certe minoranze, in particolare quella ladina, hanno in altre Regioni ed il trattamento che hanno nella nostra Regione.

Faccio un accenno alla cooperazione transfrontaliera, è un tema che mi ha particolarmente interessato, è a tutti noto che nel marzo del 1995, con la legge n. 76, il governo italiano ha reso esecutivo, dato questo molto importante, l'accordo quadro fra la repubblica italiana e quella d'Austria sulla cooperazione transfrontaliera delle collettività territoriali ed i punti di riferimento di questo progetto sono sia la convenzione quadro europea sulla cooperazione transfrontaliera delle collettività territoriali, questo dato soprattutto è stato molte volte messo un po' in sordina, sia il trattato sull'unione europea, firmato a Maastricht il 7 febbraio 1992. Questo invece è stato più volte evidenziato, anche perché la finanziaria dello Stato con dolenti note ci ha riportato su questo versante.

Allora è sulla base di queste due carte fondamentali che ora va costruito il progetto di collaborazione transfrontaliera e questo progetto, tanto per dargli un nome, dovrebbe andare sotto il nome di Euregio. Mi spiego subito. Se per un verso gli Stati europei, parlo sempre di questo aspetto della cooperazione, riescono a muoversi verso un'integrazione a livelli anche piuttosto alti, c'è un altro versante che per noi oggi del Trentino-Alto Adige è forse più importante, certamente più urgente, che è quello di un parallelo positivo intenso processo che avviene sul piano dell'integrazione locale ed interregionale, cioè fra le varie Regioni.

In questo contesto, colleghi, ritengo che la collaborazione transfrontaliera delle collettività territoriali, rivesta una funzione particolarmente attuale, non soltanto perché offre un riferimento politico e giuridico alle iniziative e progetti di cooperazione transfrontaliera, ma anche perché mi pare forte stimolo, proprio per procedere convintamente sulla strada del regionalismo e del federalismo in una dimensione che deve il più possibile caratterizzarsi per la sussidiarietà.

Allora lungi dal voler assumere ruoli, per quanto mi riguarda divaricanti rispetto alle istanze dello Stato, vedo come complementare questa partecipazione all'Europa della sussidiarietà, dentro la collaborazione e attraverso la collaborazione transfrontaliera, quindi spero che si possa procedere sulla strada tracciata.

Tocco ancora due argomenti, Presidente, per poi avviarmi alla conclusione: pacchetto famiglia e fondo pensioni. Ritengo che siano entrambe, l'uno si è già visto nella pratica, l'altro lo stiamo studiando in prospettiva, misure positive, auspico e su questo farò la mia battaglia, che comunque il fondo pensioni, che ha certamente la sua positività, non abbia a danneggiare l'altra proposta, cioè quella del pacchetto famiglia, anche perché il primo, il fondo pensioni, se sarà operativo, mi auguro lo sia presto, comunque lo sarà in prospettiva, ma da subito è urgente potenziare le politiche familiari. Non lo dico per ragioni ideologiche, lo dico perché oggi la famiglia appare sempre di più come il crocevia, non soltanto in cui si incontrano generazioni diverse, ma come molte volte il crocevia in cui si riescono a prevenire disagi sociali e personali di vario genere.

Quindi già abbiamo firmato e presentato con alcuni consiglieri una proposta di potenziamento delle attuali leggi sul pacchetto famiglia, le seguiremo con particolare attenzione.

Un ultimo accenno lo faccio al credito. Presidente, sono certo che lei ha questa attenzione che c'è un'estrema urgenza di dilazionabilità nell'approvare relative norme di attuazione, so che c'è una proposta, le chiedo se è ancora questa sul tavolo della Commissione dei 12, oppure c'è un'altra proposta rispetto a quella che a suo tempo avevamo potuto visionare, c'era comunque una proposta su cui la commissione dei 12 si stava intrattenendo. Chiedo a che punto è lo stato del dibattito su questo versante e chiedo al governo regionale di farsi portavoce presso i rappresentanti del governo italiano in quella commissione, su cui mi pare è stato anche acquisito un parere da parte del Governo, perché si faccia presto in materia di varo delle norme di attuazione sul credito.

Concludendo, in ordine a possibili scenari, questo voglio ribadirlo fortemente, di riforma dello Statuto, ritengo che le esigenze certamente condivisibili, ne sappiamo qualche cosa nel nostro Trentino, della governabilità del Trentino e allo stesso modo della necessità della riforma del sistema elettorale, non debbano toccare l'attuale ruolo della Regione, oppure qualora si decida di toccare questo ruolo, dico che qualsiasi ipotesi che parta dal constatare il superamento di attuali funzioni di equilibrio e di garanzia dello Statuto vigente, quindi della Regione, deve essere posto ufficialmente, qualsiasi posto sia posto ufficialmente da coloro che non ritengono adeguato il vigente quadro, con la conseguenza che questo patto di convivenza regionale non deve più subire una continua negoziazione a tappe, per cui assistiamo tante volte, attraverso boutade di qualcuno di qua e di là, alla continua messa in discussione attraverso proposte, le più varie di queste funzioni, ma si abbia il coraggio di azzerare e discutere da capo integralmente, con la presenza di tutte le parti politiche e chiaramente la rappresentanza di vari gruppi linguistici, i ruoli e le funzioni della Regione, se così si ritiene.

Faccio una conclusione definitiva con l'accenno alla proposta, che lei ha fatto Presidente Grandi, relativamente ai cosiddetti Cantoni. Non ho capito bene, Presidente, come dovrebbero articolarsi questi Cantoni, conosco abbastanza bene la situazione della Svizzera, mi pare che qui la reale situazione istituzionale, autonomistica sia diversa da quella Svizzera, perché lì c'è una confederazione, le chiedo, poiché fino adesso mi pare che il progetto dei Cantoni sia piuttosto vago, di volerlo precisare chiaramente, cioè come si dovrebbero ristrutturare questi Cantoni.

Allora nutro perplessità, perché la Svizzera è diversa da noi, ma mi sovviene anche un dubbio, non è che proponendo, Presidente Grandi, l'istituzione dei cantoni si finirà definitivamente per mettere la Regione in un cantone? A questa domanda desidero risposta, sappia che, se questo appare, per la nostra parte faremo, con tutti gli strumenti democratici, tutte le battaglie fino in fondo.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il collega Taverna. Lei pensa di esaurire il suo intervento alle ore 13.00?

TAVERNA: Allora Presidente intervengo all'inizio della seduta pomeridiana.

PRESIDENTE: Va bene, allora sospendo i lavori per l'intervallo di mezzogiorno.

(ore 12.48)

Ore 15.06

Vorsitz des Präsidenten Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit den Arbeiten.
Ich bitte um den Namensaufruf.

VICEPRESIDENTE: (fa l'appello nominale)

VIZEPRÄSIDENT: (ruft die Namen auf)

PRÄSIDENT: Wir setzen die Generaldebatte fort.
Das Wort hat Abg. Taverna, um seinen Beitrag zu beenden.

TAVERNA: Signor Presidente del Consiglio, signor Presidente della Giunta, onorevoli colleghi, il tempo che mi resta è più che sufficiente per indicare alcune nostre opinioni in merito non al documento di bilancio, sul quale abbiamo avuto la possibilità di soffermarci con attenzione negli esercizi scorsi, tant'è che riteniamo che questo documento rappresenti sostanzialmente, dal punto di vista amministrativo, una sorta di continuità per quanto riguarda i precedenti esercizi.

Noi non ci meravigliamo più di tanto di questa continuità, una continuità del resto che è facilmente dimostrabile, tenendo conto delle competenze di natura amministrativa, che sono a capo della Regione. Tolgo subito l'incomodo, per quanto riguarda questo aspetto, che pure lo teniamo presente ed in considerazione. Approfitto di questi pochi minuti per svolgere quelle argomentazioni a cui prima facevo riferimento e per segnalare all'aula l'apprezzamento di Alleanza Nazionale in relazione agli ultimi interventi che si sono verificati.

Questa mattina abbiamo apprezzato con soddisfazione, perché molte delle argomentazioni che sono state portate dai colleghi Delladio e Morandini ci trovano perfettamente d'accordo e allora sotto questo profilo si può dire che all'interno dell'aula vi è un'articolazione di forze politiche, che sulla necessità della difesa della Regione si sono comunque ritrovate.

Questo è un fatto estremamente positivo, perché, signor Presidente della Giunta, lei comprende perfettamente che chi all'interno del Consiglio regionale si muove nell'ottica della difesa delle prerogative della Regione e anzi auspica che queste

prerogative possono essere nel quadro della riforma dello Stato, dell'assetto organizzativo dello Stato, possono essere ampliate, ebbene queste sensibilità che stanno emergendo in un disegno il più possibilmente organico, anche sotto un profilo della proposta innovativa, che comunque queste forze politiche si sentono portatrici e innovatrici rispetto alla situazione che abbiamo di fronte, è un dato sul quale il Presidente della Giunta regionale deve tenere in debito conto.

Allora se è vero, come mi pare si possa dire senza essere smentiti, che all'interno dell'aula vi è un soprassalto di volontà politica per difendere la Regione, in quanto è l'istituto regionale la fonte e noi lo abbiamo sempre creduto e su questa posizione siamo nella convinzione di esserci ancora, abbiamo sempre creduto che è l'istituto regionale la fonte della legittimazione, anche della ripartizione tripartita dell'autonomia, ma che l'autonomia trova fondamento e riconoscimento costituzionale proprio per effetto della presenza della Regione.

Allora noi non condividiamo, lo diciamo con tanta franchezza, ma al tempo stesso convinti delle nostre buone ragioni, noi non condividiamo le tesi che sono state annunciate all'opinione pubblica, attraverso l'intervista che il prof. Paladin ha voluto fare al giornale "Adige", laddove il prof. Paladin ha teorizzato la possibilità di concepire la Regione, ribaltando il concetto di legittimazione della Regione medesima.

In altri termini noi non siamo affatto d'accordo sulla impostazione Paladin, perché riteniamo che la fonte di legittimazione dell'autonomia trova il massimo vertice della Regione e quindi non siamo d'accordo che la Regione possa essere riformata o rinnovata, attraverso un patto federativo che dovrebbe legare le due Province, quella di Trento e quella di Bolzano e da questo matrimonio dovrebbe nascere la Regione, quindi dovrebbe trovare la sua legittimazione.

Noi non siamo d'accordo, pensiamo che l'impostazione Paladin risenta immediatamente della volontà politica del partito che ispira il PDS e ci accorgiamo che il PDS a questo proposito non trova nemmeno una propria unità di intenti, se è vero, come è vero, che il PDS dell'Alto Adige, a bocca del suo segretario Margheri, ha contestato in maniera anche dura la proposta Paladin e quindi noi ci troviamo nella condizione che l'ispiratore della riforma, il quale l'ha scritta sulla base degli input che gli sono stati dati dal PDS, scopriamo che questo partito a livello regionale non trova un suo momento di unità, ma viceversa il parto del prof. Paladin ha messo allo scoperto la divisione esistente tra il PDS Trentino e quello dell'Alto Adige.

Allora se questo significa mettere in crisi un partito che per la prima volta nella storia politica della Regione ha trovato la possibilità di essere rappresentato a livello di Giunta, evidentemente ci rendiamo ancor più conto che questa problematica, anziché unire, divide. Allora se così è e mi pare che nessuno sia nella condizione di poter smentire, sono dell'avviso che bisogna rendere l'approccio in termini più chiari e più espliciti, ma soprattutto bisogna fare in modo che questo approccio sia effettuato con un metodo e con degli obiettivi che sono divaricanti e diversi rispetto quelli che il PDS ha voluto comunque, anche attraverso l'ispirazione del prof. Paladin, rendere evidenti.

A questo proposito va da sé, signor Presidente della Giunta, che Alleanza Nazionale non è d'accordo sulla impostazione di un diverso sistema per quanto riguarda

la riforma elettorale, noi non siamo d'accordo che la riforma elettorale possa essere concepita e realizzata attraverso due sistemi, uno diverso dall'altro, in modo tale che la legittimazione della volontà popolare, per quanto riguarda i consiglieri eletti nel collegio di Trento, debba necessariamente essere diversa dalla legittimazione popolare, che avrebbero invece per mandato i consiglieri della Provincia di Bolzano.

Riteniamo che questo sia un punto invalicabile, se cade anche questo ultimo paletto, giocoforza avremo consegnato, nelle mani di coloro che per volontà politica e non da oggi vogliono la soppressione della Regione, noi avremo consegnato disarmata e disarmante questa Regione, proprio agli obiettivi di coloro che la Regione la vogliono morta.

Anche sotto questo profilo, signor Presidente della Giunta, Alleanza Nazionale si trova nella condizione per assurdo o per paradosso di essere il partito più autonomista dei partiti autonomisti presenti in questa assemblea legislativa e diventa interlocutore necessario, non soltanto per la corrispondenza e per il consenso che Alleanza Nazionale ha nei confronti del corpo elettorale del Trentino-Alto Adige, ma per il consenso e per la forza che Alleanza Nazionale ha per quanto riguarda il risultato elettorale che Alleanza Nazionale ha conseguito anche a livello nazionale.

Quindi se tanto mi dà tanto e se noi dobbiamo matematicamente aggiungere questi due elementi, ci troviamo nella condizione di poter essere noi, ad alta voce, i sicuri difensori di quella Regione, che tutti vorrebbero a parole mantenere, ma che nei fatti quasi tutti lavorano per farla affondare.

Signor Presidente il tempo è tiranno, mi rendo conto di avere ancora un minuto e quindi mi avvio alla conclusione del mio ragionamento, ma prima, signor Presidente, devo alzare a voce alta un grido di dolore, devo protestare perché quella volontà che comunque il Consiglio regionale aveva già espresso, non soltanto attraverso l'approvazione di quella mozione, che tutti ricordiamo, quella che doveva instaurare anche sul piano del rapporto all'interno dell'aula, un rapporto di confronto sulla necessità di vedere la Regione, non soltanto interlocutore, ma attore della riforma dello Stato e conseguentemente anche della riforma dello Statuto, devo lamentarmi sul fatto che la commissione consiliare, che dovrebbe occuparsi di questa riforma e quindi della possibilità in capo alla Regione, all'interno della quale c'è l'articolazione delle forze politiche, questa commissione non è ancora operativa.

Quindi la protesta va non soltanto nei confronti della Presidenza del Consiglio, perché a questo proposito dovrebbe essere sicuramente più sensibile alle istanze e alle decisioni e deliberazioni che il Consiglio medesimo si è liberamente dato, ma penso che il Presidente della Giunta regionale, per quel mandato di indirizzo, nei confronti del quale si è impegnato comunque a rendersi parte diligente, penso che il Presidente della Giunta sia persona estremamente sensibile e quindi pronta al ricevimento di queste istanze, che dovrebbero promuovere la Regione come soggetto attivo nel contesto dialettico della riforma dello Stato e quindi immagino anche della riforma dello Statuto, per le nuove e diverse competenze, che a capo della Regione lo Stato dovrebbe trasferire.

Allora, signor Presidente della Giunta, al di là delle scontate denunce che abbiamo fatto e al di là del rapporto di contrapposizione, noi siamo all'opposizione e lei governa comunque questa Regione, al di là di questo diverso rapporto istituzionale noi confidiamo che le forze politiche, che per davvero hanno a cuore gli interessi del futuro della Regione, si possano ritrovare compatte e unite nell'indirizzare, qualora la commissione regionale fosse messa nella condizione di affrontare praticamente questo lavoro, quelle forze politiche che hanno medesimi intento e obiettivi, possono per davvero essere momento trainante di questo processo di trasformazione e di revisione statutaria della Regione, per consentire alla stessa di uscire dalle secche nella quale oggi si trova e per consentire quindi di immaginare che l'integrazione a livello regionale possa essere per davvero un obiettivo raggiungibile e non soltanto un sogno o un'illusione.

Per queste ragioni, pur mantenendo ferma la nostra azione di protesta, signor Presidente, e di polemica politica non personale nei confronti suoi e della Giunta che lei dirige, siamo comunque disponibili ed aperti al confronto, su quelle tematiche alle quali nell'intervento della volta passata e nel corso di questo brevissimo intervento ho inteso voler sottolineare per assumere, a capo di Alleanza Nazionale, quella quota di responsabilità, ma al tempo stesso per essere nella condizione di essere promotori di quel momento innovativo e di rinnovamento, nei confronti del quale anche Alleanza Nazionale si ritrova e per questi motivi si impegna a volere, nel breve periodo, essere protagonista nella realizzazione di questi obiettivi.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine Wortmeldungen.

Bitte, Abg. Achmüller.

ACHMÜLLER: Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir über die Region reden, dann glaube ich, ist es sicherlich gut, daß wir immer einen Moment zurückblicken und uns einen Gedanken über das Entstehen dieser Region machen, im fernen Jahr 1948. Am 5. September 1946 ist der Pariser Vertrag zum Abschluß gekommen, zugunsten Südtirols. Es ging ja darum, ob Südtirol weiterhin bei Italien bleiben sollte oder eben nicht und es hat sich dann herausgestellt, daß es dabei bleibt, aber eben unter gewissen Bedingungen und Versprechungen, die der Staat Italien damals vor den Siegermächten gemacht hatte, nämlich daß er sich bereit erklärt hat, dem Gebiet eine Autonomie zu geben und vor allem der Situation der ethnischen Minderheit Rechnung zu tragen.

Sie wissen ja, es ist dann so gekommen, daß Degasperi die beiden Provinzen zusammengelegt hat, zu Ungunsten von Südtirol, um Südtirol dadurch in eine weitere Minderheitensituation zu bringen. Dadurch ist das Pariser Abkommen meines Erachtens umgemünzt und auch eklatant verletzt worden. Aufgrund des ersten Autonomiestatutes hat es also eine mächtige Region gegeben und zwei schwache Provinzen. Es hat aber damals schon einen Artikel 14 gegeben, der vorgesehen hat, daß in der Regel die Verwaltung in den verschiedenen Bereichen den Provinzen übertragen wird. Ich weise darauf hin, daß dieser Art. 14 leider Gottes nicht wahrgenommen worden ist, vor allem

seitens der damaligen Trentiner verantwortlichen Politikern an der Spitze der Region, und deswegen eine wichtige Chance vertan worden ist und das hat natürlich zur Unzufriedenheit der Südtiroler geführt und hat letztlich auch zum Los von Trient, zur Großkundgebung von Sigmundskron, geführt und hat im Endeffekt eigentlich auf eine Forderung seitens der Südtiroler auf eine eigene Region hingeführt.

Die Partei, der ich angehöre, die Südtiroler Volkspartei, hat sich also bereits vor 40 Jahren entschieden gegen diese Körperschaft Region ausgesprochen. Wäre dieses Anliegen damals umgesetzt worden, hätten sich viele Beziehungen zum Trentino auf eine unkompliziertere und bessere Art und Weise entwickelt, als es der Fall gewesen ist. Mit dem Inkrafttreten des Neuen Autonomiestatutes ist die Region geblieben, wenn sie auch stark, zu 80 oder 90 Prozent, ausgehöhlt wurde. Im Grunde genommen ist der Region nur mehr die Ordnungsgesetzgebung verblieben.

Weiterhin heißt es, daß die Verwaltung auch in den wenigen Bereichen, die der Region verblieben sind, in der Regel den Provinzen übertragen werden, delegiert werden soll. Wir sagen Papier ist geduldig, das Papier des Autonomiestatutes ist geduldig und auch das Papier, auf dem das Koalitionsabkommen geschrieben worden ist, ist geduldig. Dort hat dies nämlich auch seinen Niederschlag gefunden. Die Realität sieht anders aus. Politiker auf Regionalebene - und hier schließe ich auch SVP-Vertreter nicht aus - erliegen der Versuchung: wenn es die Region schon gibt, dann sollte man auch etwas daraus machen. Ich frage mich aber, welchen Sinn hat es eigentlich, diese doppelten Verwaltungen zu machen, diese doppelten Verwaltungen aufrechtzuerhalten, oft in denselben Bereichen Förderungstätigkeiten durchzuführen. Ich verweise auf den kulturellen, den sportlichen Bereich, auf den Bereich der Freizeittätigkeit, auf sämtliche Vereinstätigkeiten. Welchen Sinn hat es denn, daß diese Vereine hie und da gefördert werden. Wenn die Bittgänge in Bozen oder Trient nicht zu einem Ergebnis geführt haben, dann geht man eben zur Region und erhält dort noch etwas. Das hat doch keinen Sinn. Zum Beispiel auch die Entwicklungszusammenarbeit: Wir haben in der Provinz Bozen ein eigenes Gesetz zur Entwicklungszusammenarbeit. Was hat es für einen Sinn, auf regionaler Ebene ein gleiches Gesetz zu verabschieden - was wir getan haben - und ich sage, das war ein Fehler, daß wir hier mehr oder weniger dasselbe machen. Wäre es nicht viel einfacher, hier meinetwegen im Rahmen der Ordnungsgesetzgebungstätigkeit ein Gesetz zu verabschieden, mit dem verfügt wird, innerhalb welchen Rahmens man sich zu bewegen hat und daß dann die Mittel den Ländern übertragen werden und diese sollen dann die Verwaltungstätigkeit durchführen. Meiner Auffassung nach sollte man in Zukunft in allen Bereichen sinnvoll delegieren, wie dies etwa mit Erfolg im Bereich des Feuerwehrwesens schon seit langer Zeit erfolgt ist. Ich glaube, das ist nicht zum Schaden des Sachbereiches passiert.

Es wäre auch an der Zeit, diese Delegierungen in den Bereichen Kataster, Grundbuch, Genossenschaftswesen usw. fortzusetzen. Was ist aber geschehen, wenn ich z.B. das Wort Genossenschaftswesen in den Mund nehme. Die Regionalregierung hat vor, hier wieder ein eigenes neues Gesetz zu bringen. Dieses Gesetz setzt nicht nur einen Rahmen, es braucht ja eine Koordinierung mit dem neuen Gesetz 381, welches der Staat im Bereich der sozialen Genossenschaften verabschiedet hat. Aber man geht

hier einen Schritt weiter. Man schafft hier wieder ein eigenes Organ auf regionaler Ebene. Man will auch wieder eine eigene Förderungstätigkeit auf regionaler Ebene. Das hat doch keinen Sinn.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch kritisch bemerken, daß sich Trient in gewissen Bereichen nicht immer sehr partnerschaftlich und einfühlend gegenüber den Belangen Südtirols gezeigt hat, gerade im Zusammenhang mit der Universitätsfrage letztthin. Ich glaube, daß wir hier etwas mehr partnerschaftliches Denken brauchen. Auch daß man sich jetzt darauf besinnt, daß man unter Umständen der Region eine Ordnungsgesetzgebung im Bereich der Minderheitenfragen zugestehen möchte, verwundert mich bzw. damit kann weder ich noch meine Partei einverstanden sein. Denn wir stellen fest, daß gerade in Minderheitenfragen sich im Trentino bisher nicht allzuviel bewegt hat. Wir haben hier in der Debatte seitens der Trentiner Kolleginnen und Kollegen gehört, daß ihnen der Erhalt der Region ein großes Anliegen ist. Auch Präsident Grandi hat in seinen Ausführungen bzw. in einem Presseartikel, der jüngst erschienen ist, auf verschiedene Gründe hingewiesen. Er sagt: würde die Region aufgelöst, würden sich daraus gravierende Nachteile für das Trentino und für die Autonomie im Trentino ergeben. Erstens könne das Trentino nicht mehr in Anspruch nehmen, eine Grenzregion zu sein - immer vorausgesetzt, daß es eine eigene Region wird - zweitens würde es sich um eine Region handeln, die nicht mehr in Anspruch nehmen könnte, eine Region der Minderheiten zu sein und drittens ginge die internationale Anbindung verloren. Somit würden einige Gründe für die Autonomie des Trentino nicht mehr gegeben sein. Er nennt in diesem Zusammenhang dann auch ein Modellbeispiel, wir sollten einen Kanton errichten und einen Überkanton mit Unterkantonen. Ich habe das Konzept eigentlich nicht ganz richtig verstanden. Heute hat sich Morandini damit auseinandergesetzt und zu Recht darauf verwiesen, daß die Schweiz ganz einen anderen Aufbau hat, ein föderatives System ist usw. Jedenfalls würde mich interessieren, was sich hier hinter diesem Begriff verbirgt. Ich finde, es ist vielleicht mehr ein Ablenkungsmanöver in eine gewisse Richtung. Jedenfalls bin ich nicht dahintergekommen, was damit gemeint ist.

Aus meiner Sicht: man würde sich auf einer Seite damit schon sehr viel ersparen. Wir haben ja immerhin heute in der Region einen Apparat - wenn ich richtig informiert bin - mit etwa 800 Bediensteten. Man könnte hier sehr viel einsparen. Aber wenn man das nicht möchte, dann bin ich der Meinung, sollte die Region in Zukunft eine neue Rolle in dem Sinne annehmen, daß sie eine gemeinsame Plattform der beiden Provinzen, der beiden Länder, wird. In dem Sinn aus einer freien Entscheidung beider Länder heraus, die sich auf dieser Ebene treffen, um gemeinsame Probleme zu besprechen, zu diskutieren und meinetwegen auch zu beschließen. Denn es ist für uns Südtiroler einfach nicht einzusehen, daß wir immer wieder in eine Situation kommen, in der wir uns irgendwie bevormundet fühlen. Diese Situation muß beendet werden, indem die beiden Positionen, die beiden Länder Trentino und Südtirol, wirklich paritätisch zueinander gesetzt werden, daß sie mit der gleichen Würde miteinander reden können, so wie wir derzeit auch im Zusammenhang mit den Nordtirolern reden, und wenn diese gemeinsamen Landtage tagen, dann sind wir wirklich alle gleichberechtigt. So sollte es

auch mit der Region sein. Ich könnte mir vorstellen, daß man einen Mechanismus schafft, daß man einfach vorsieht, daß bei Beschlüssen die Mehrheit beider Länder oder beider Provinzen zustimmen muß. Dann ist eine andere Situation gegeben, wie wenn derzeit nur einfach mehrheitlich abgestimmt wird. Jedenfalls, wir von der ethnischen Minderheit müssen diese Argumente aufwerfen. Ich glaube, daß auch die Trentiner irgendwo ein Verständnis für diese unsere Situation haben müssen.

Ich möchte abschließend noch auf einen Punkt zu reden kommen, bei dem es um die Milliarden geht: Stichwort Sozialpaket, Stichwort Zusatzrentenfonds. Wir haben in den letzten Wochen ziemlich viel darüber diskutiert und es sind verschiedene Modelle entwickelt worden und die stehen jetzt in der Gesetzgebungskommission zur Debatte an und werden dann auch Gegenstand der Diskussion hier im Plenum werden. Ich bin sicherlich dafür, daß wir in die Lage kommen, einen territorial ausgerichteten Zusatzrentenfonds zu errichte, so wie es im Sinne des staatlichen Dekretes Nr. 124 gemacht wird, so wie man es auf gesamtstaatlicher Ebene über die einzelnen Wirtschaftszweige macht bzw. auch auf Ebene größerer Betriebe ist das so vorgesehen, so soll es bei uns in einer territorialen Form passieren. Ich glaube, daß wir auf diese Weise in die Lage kommen, ein direkteres Verhältnis zu den Versicherten herzustellen bzw. daß ein größeres Vertrauensverhältnis auf diese Weise entsteht. Das möchte ich vorausgeschickt haben und damit komme ich auf das sogenannte Sozialpaket zu sprechen.

Wir haben im Rahmen unserer Fraktion auch eine Diskussion geführt und letztlich wären wir zur Entscheidung gekommen, daß die zur Verfügung stehenden Mittel von 170 Milliarden etwa in dem Verhältnis aufgeteilt werden sollen, 50 Milliarden für den Zusatzrentenfonds, 50 Milliarden für die Alters- und Pflegeheime in beiden Provinzen und 70 Milliarden für das Sozialpaket. Das ist eine Entscheidung gewesen. Man wird sehen, ob sich hier der Regionalrat dieser Meinung anschließt. Persönlich bin ich der Meinung, daß man, wenn man solche Entscheidungen trifft, von der tatsächlich existierenden Situation ausgehen muß. Ich glaube, es ist ja gut, daß die Region eine ergänzende Zuständigkeit in diesem Bereich hat und etwas tun kann. Aber es sollte hier auch nach gewissen Prioritäten vorgegangen werden. Prioritäten in dem Sinn, daß ich der Meinung bin, solange es viele auch noch arme Menschen in unserer Region gibt - wir sprechen auch heute von der neuen Armut - solange es viele Familien gibt, die sich noch unter dem Existenzminimum befinden oder vielleicht knapp darüber, solange es sehr viele Bürger in unserem Lande gibt, die sich schwer tun, überhaupt zu einer ersten Rente zu kommen - und wir wissen, daß das in Zukunft noch viel schwieriger werden wird, weil ja nur mehr die effektiven Versicherungszeiten, die Beträge, die eingezahlt werden, zählen und nicht mehr so sehr die Jahre, die ich irgendwo gearbeitet habe und die Mindestrente usw. in Frage gestellt wird -, deswegen bin ich der Meinung, daß wir alles tun müssen, um in erster Linie den Ärmsten zu helfen, ob es nun die Familienzulage betrifft, die kinderreichen Familien oder das Erziehungsgeld. Hier meine ich vor allem die alleinerziehenden Mütter, die ja niemals in die Lage kommen, wenn sie schon nicht die Voraussetzungen für die erste Rente haben, dann noch für die zweite einzuzahlen. Ich bin der Auffassung, daß wir uns alle

noch einmal ganz klar diese Fragen stellen müssen und dann entscheiden. Aus dem wird sich dann ergeben, wie die Schwerpunkte liegen, wie die Notwendigkeiten sind und wieviel es dann für die jeweilige Einsatzform Geld braucht.

Ich mache hier in diesem Zusammenhang noch auf einen ganz wichtigen Punkt aufmerksam, nämlich auf die Pflegeversicherung. Unsere Gesellschaft wird ja immer älter. Mit dem Alter kommt und steigt auch die Gebrechlichkeit und das Schlimmste, was uns passieren kann, ist, daß wir in unserem Alter nicht mehr selber für uns sorgen können. Dieser Situation müssen wir vorbeugen. Ich glaube, diesem Punkt müßte eine unbedingte Priorität eingeräumt werden, in dem Sinn, daß diese Möglichkeit der Pflegeversicherung, so wie sie heute in anderen fortschrittlichen Ländern bereits besteht, auch bei uns geschaffen wird, auch wenn wir hier dem Staat vorauslaufen müssen, weil er hier säumig ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich bitten, daß man hier auch seitens des Regionalausschusses die Gewichte richtig setzt und verteilt und daß man dann auch die Mittel entsprechend einsetzt.

Ich bin damit am Ende meiner Ausführungen. Ich danke für die Aufmerksamkeit und würde die Auffassung vertreten, daß man die Rolle der Region miteinander überdenken soll. Wenn man sie schon nicht auflösen will, dann brauchen wir eine Alternative für die derzeitige Form der Region.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Ianieri. Er hat das Wort.

IANIERI: Visto che non c'è il cons. Di Puppò, molto brevemente, perché ho già fatto un intervento, ma mi volevo un attimino riallacciare alle esposizioni del cons. Achmüller, che è una persona molto moderata, una persona che raramente è intervenuta su problemi riguardanti l'assetto della costituzione della Regione, oggi ha confermato quello che praticamente noi da tempo stiamo dicendo, questa Regione non ha più senso di esistere, questa Regione praticamente deve essere soppressa.

Allora, noi stiamo discutendo il bilancio, al di là di quelli che sono i dati tecnici del bilancio, credo che dobbiamo effettivamente soffermarci sull'aspetto politico, che è quello che maggiormente noi oggi dobbiamo affrontare e ci deve interessare.

Una prima riflessione la voglio fare molto velocemente. Se effettivamente lo SVP non vuole più questa Regione, oggi esiste la possibilità di mandare tutti a casa, basta votare contro il bilancio, se si vota contro il bilancio questa Giunta non ha più motivo di esistere, si crea una crisi politica e con la crisi politica poi viene fuori tutto il resto, basta non ricostituire la Giunta, basta non dare il proprio assenso, ritorniamo tutti a casa ed andiamo alle elezioni anticipate, per quello che concerne la Regione Trentino-Alto Adige.

Capisco che effettivamente vi sono delle discrepanze funzionali e di diversità anche organizzative funzionali tra le due Province di Bolzano e di Trento; nella Provincia di Trento esistono sicuramente dei problemi di governabilità, essendo diversa dalla Provincia di Bolzano, ma il problema di fondo è la Regione, questo accordo che

per 50 anni ha funzionato dal patto di Parigi ad oggi, oggi evidentemente non funziona più. Il Vicepresidente della Regione, Dr. Pahl, ha affermato che il Presidente parla a titolo personale, senza avere l'accordo dei partner di Giunta su quelli che sono i programmi anche fatti in merito alla presentazione del bilancio, in previsione del 1997. Ci sono due posizioni troppo differenti, troppo diverse, non riesco a capire come sia possibile poter continuare a governare insieme, quando le strade che si vogliono percorrere sono troppo diverse l'una dall'altra.

Altra preoccupazione è l'attuale composizione della Giunta regionale, cioè la Giunta regionale dove oggi vi è presente la sinistra trentina, che ha una posizione completamente diversa da quella che ha la sinistra altoatesina, come si può conciliare tutto questo, se questa discussione fosse avvenuta qualche mese fa, prima della ricostituzione dell'attuale Giunta, avrei voluto sentire le dichiarazioni dell'assessore Chiodi dai banchi dell'opposizione, oggi invece sta zitta. Mi ricordo i suoi interventi anche in commissione di critica e di presa posizione contro certi progetti o intenzioni politiche di divisione o di smantellamento della Regione, oggi invece sta zitta.

Vorrei avere il piacere di sentirla su quello che è il suo pensiero in merito a questo istituto regionale, se lo si vuole mantenere o meno, sono d'accordo sul fatto che l'istituto della Regione debba essere rivisto, signor Presidente, è evidente che c'è qualche cosa che non funziona, lei ha anticipato nella sua relazione, spero che adesso nella sua replica andrà a precisare, ha anticipato dei progetti per ridare lingua a questa Regione e sulla base di questi progetti se sono reali e se sono comunque concordati con i partner di Giunta vi potrà essere risultato, ma se effettivamente questo progetto è solo personale, una speranza di poter continuare a tirare avanti da qui al 1998, senza che vi sia nulla di costruttivo, a questo punto, signor Presidente, è bene che questa Regione debba finire il suo percorso e si debba affrontare la crisi politica in tutti i suoi aspetti e versi. Se invece non è un progetto personale, ma effettivamente ne ha parlato con i suoi partner di Giunta, allora non riesco a capire cosa effettivamente ci sia sotto.

Non posso dare torto ai rappresentanti della Provincia di Bolzano, presenti in Giunta, quando dicono che non c'è più quell'armonia che ci doveva essere, che comunque non si condivide più un percorso comune, ma qui bisogna che facciamo chiarezza. Lei ci dica chiaramente nella sua replica, signor Presidente, quali sono questi progetti, di concreto che cosa c'è e se effettivamente queste strade che lei propone sono percorribili o meno, perché è sulla base di questo che noi valuteremo se votare a favore o contro, se sostenerla o abbandonarla immediatamente. Grazie.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner wäre der Abg. Di Puppo. Er ist nicht im Saal. Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr sind, dann wird abgeschlossen. Gut. Damit schließen wir die Debatte ab und ich gebe das Wort zurück an den Präsidenten des Ausschusses, Abg. Grandi.

GRANDI: Grazie signor Presidente e signori consiglieri, voglio prima di tutto ringraziare tutti i colleghi che sono intervenuti e che hanno seguito il dibattito sul bilancio di previsione, dando un significativo apporto, del quale naturalmente terremo

conto nelle azioni, sia legislative, sia amministrative che verranno per questa seconda fase dei lavori di questa legislatura.

Debbo dire che in sintesi due mi pare siano gli ambiti tematici principali, attorno ai quali si è concentrata la discussione in quest'aula, vi è un primo ordine di questioni, molto delicate, peraltro molto importanti, che riguardano gli assetti istituzionali, sia a livello nazionale, che locale ed in modo particolare riguardano la Regione, il suo ruolo ed il suo futuro.

Ritengo poi di vedere, in estrema sintesi, un secondo ambito di questioni, che riguardano invece problematiche relative a settori più specifici di attività dell'amministrazione regionale, attorno a quest'ambito si chiede al Governo di indicare concretamente quelle che saranno le rotte che il Governo intende seguire.

Allora in estrema sintesi debbo dire anzitutto che rimane valida la validità dell'accordo programmatico, che è un accordo che è stato sottoscritto da alcuni partner di Giunta, ma che vuole essere un accordo aperto all'apporto di quanti intendono con il loro specifico contributo arricchire questa parte seconda dei lavori di questa legislatura. Naturalmente questa distinzione tra accordo politico programmatico, che idee, valutazioni, considerazioni, che ogni forza politica porta con sé e che in quest'aula difende, consente a me di dire che il Governo deve camminare speditamente nella realizzazione di tutto quanto è stato concordato e che nello stesso tempo ogni forza politica deve essere rispettata a livello di quelle che sono le proprie idee, le proprie valutazioni circa il primo ordine di questioni, sui quali si è incentrato il dibattito.

Naturalmente poi compete a quest'aula avviare a soluzione anche le molteplici questioni che riguardano il primo ordine di problemi.

A nome della Giunta, relativamente al primo ordine di questioni, mi riferisco naturalmente al tema di carattere istituzionale, credo, a conclusione di questo dibattito, di dover dire, senza frasi di circostanza, che la discussione è stata veramente ampia, veramente approfondita, direi significativo, anche perché mi pare si collochi in naturale continuità con quelle che sono state le riflessioni, molto approfondite, che si sono sviluppate più volte in questo consesso e che abbiamo avuto modo anche di approfondire bene in occasione dell'importante commemorazione dei 50 anni dell'anniversario dell'accordo Degasperi-Gruber.

A me pare di dover constatare che dal dibattito sia emerso una sorta di dato di fondo e cioè la consapevolezza, che mi pare essere un dato comune, riscontrabile in tutti gli interventi che abbiamo ascoltato, la consapevolezza che ci troviamo dinanzi ad un passaggio molto importante, che sicuramente non può essere sottovalutato per quanto riguarda la nostra storia, per quanto riguarda il futuro dei nostri assetti autonomistici. Quindi c'è la consapevolezza che la posta in gioco per il nostro futuro è effettivamente grande, c'è la considerazione - anche questa riscontrabile in tutti gli interventi - che abbiamo un patrimonio comune di autonomia, un consolidato di esperienza autonomistica di autogoverno, che deve assolutamente essere difeso.

Quindi dire che pur nella diversità di posizioni, pur anche con intenti diversi, pur anche con obiettivi diversi, questo dato però è inoppugnabile. Tutti gli intervenuti si mettono dalla parte di chi valuta come un momento estremamente delicato

quello che viviamo e nello stesso tempo indicano delle rotte che vanno nelle direzione di un rafforzamento dei nostri assetti autonomistici.

Allora quella che viene definita come la terza fase dell'autonomia, che è peraltro in corrispondenza, non dobbiamo negarlo, con quella che sarà una trasformazione anche profonda degli assetti del nostro governo a livello centrale, quindi del nostro Stato, della nostra repubblica, quella che comunque è questa terza fase si pone come il problema vero come la questione vitale, attorno alla quale sono convinto che le forze politiche, le forze consiliari e anche le assemblee, i parlamenti della nostra autonomia dovranno nei prossimi mesi lavorare, per fare in modo che alla fin fine, quando saremo in presenza degli assetti definitivi, ci si trovi con un consolidato accresciuto.

Specificatamente poi direi che sul ruolo della Regione e sulle prospettive del nostro sistema autonomistico noi abbiamo assistito a tutta una serie di posizioni, che via via stanno venendo a definizione. Credo che dobbiamo registrare sicuramente alcune conferme di posizioni note, dobbiamo registrare alcune evoluzioni di pensiero, di proposta, di prospettiva, credo di dover dire che si sono registrati anche alcuni dati comuni, dopo di che naturalmente dobbiamo registrare anche delle diversità e non dobbiamo nasconderci che siamo in presenza di significative diversità.

Ritengo però che il quadro delle prospettive che sono state tracciate dalle diverse forze politiche si sta via via, con il passare del tempo, sempre più schiarendo e credo di non sbagliare nel ritenere che nel rigoroso rispetto delle posizioni vi sia forse in prospettiva la possibilità di passare da quelle che oggi sono posizioni oggettivamente diverse a nuovi terreni di incontro.

Nelle dichiarazioni programmatiche, che ho reso all'inizio di questo importante dibattito, ho cercato di fare una sorta di ricognizione e di avanzare delle ipotesi, avanzare un'ipotesi peraltro molto precisa, molto concreta, che è di tipo confederativo, attraverso la quale miro a fare in modo che si possano creare delle condizioni, perché vi sia effettivamente un rafforzamento dell'autonomia nel suo insieme e perché si possa portare a piena espressione questa autonomia del Trentino-Alto Adige, creando condizioni nuove, attraverso le quali sia possibile un raccordo istituzionale, che rafforzi le due autonomie provinciali.

Questa prospettiva credo che possa contribuire a preservare un delicato equilibrio, che è presente in questa terra di confine, credo che sia questo un apporto che mira sicuramente a valorizzare la convivenza dei nostri gruppi linguistici e credo che questo sia un buon presupposto anche per rafforzare il disegno che comunque abbiamo di realizzazione dell'Euroregione transfrontaliera.

Partendo da queste considerazioni e tenendo conto delle sollecitazioni, delle indicazioni che sono emerse dalla discussione consiliare, la Regione e quindi anche la Giunta regionale dovrà sicuramente lavorare come siamo stati sollecitati a fare nelle sedi anzitutto del confronto nazionale, che sono sedi piuttosto importanti, mi riferisco alla conferenza Stato-Regioni, mi riferisco alla commissione dei 12, mi riferisco alla stessa commissione bicamerale, che tra poco decollerà ed in queste sedi noi dovremo lavorare con un duplice obiettivo, che dovrà essere quello di salvaguardare la specialità del

nostro sistema autonomistico del Trentino-Alto Adige e nel contempo di contribuire ad una profonda trasformazione istituzionale del nostro Stato, che concretizzi un effettivo Stato che noi abbiamo definito come Stato leggero, quindi uno Stato che si occupi con efficienza, con efficacia delle cose essenziali e che sappia trasferire tutto il resto, rafforzandole alle autonomie regionali, che sappia quindi realizzare condizioni di autogoverno vero.

Allora il riferimento fatto all'esperienza dei Länder tedeschi o all'esperienza dei cantoni svizzeri, è in parte sicuramente appropriato, perché in entrambe queste esperienze noi vediamo forte il momento dell'autogoverno delle comunità locali, ma vediamo anche altrettanto preciso quello che è il ruolo che viene svolto da parte dei governi centrali, ma vediamo nel contempo anche un forte peso che viene esercitato da parte delle autonomie locali a livello centrale, cosa che oggi non è per nulla assicurato ed è in questo contesto che rientra anche la proposta che noi abbiamo fatto e che mi pare stia emergendo a livello nazionale, di sostituire l'attuale seconda camera, il Senato, con il Senato delle Regioni, esperienza questa consolidatasi proprio in quei due paesi cui ho fatto riferimento e che sta dando dei risultati veramente significativi.

Per quanto riguarda invece il secondo ambito, quello che tocca le problematiche più specifiche, che sono state affrontate nel corso del dibattito, vorrei fornire brevemente alcune precisazioni e vorrei dare alcune indicazioni. Mi voglio riferire anzitutto al problema, che è stato toccato da tanti, della riforma elettorale regionale. Voglio ribadire a questo proposito che il passaggio della riforma elettorale deve rappresentare una priorità, è per noi una priorità di impegno, posso informare realisticamente che appena saranno chiusi i lavori consiliari, dopo il bilancio, noi avvieremo una fase di proposta e di consultazione con tutte le forze politiche, proprio su questo tema specifico.

Credo che la riforma elettorale rappresenti, senza retorica, il banco di prova della nuova fase dell'autonomia e credo che noi dobbiamo effettivamente mirare, raggiungere obiettivi di stabilità, di governabilità, di rappresentanza etnica e rispettivamente politica, e creare condizioni perché possa essere assicurato anche il principio dell'alternanza.

Come il Consiglio sa, la Giunta ha commissionato a degli eminenti costituzionalisti, un primo lavoro, che mira alla prefigurazione di quelli che sono gli ambiti giuridici di movimento a Statuto invariato, per consentire quindi di apportare al sistema proporzionale alcune modifiche. Nei prossimi giorni quindi porteremo a conoscenza dei componenti di quest'aula il risultato dei lavori di questi tre costituzionalisti e potremo poi passare definitivamente alla stesura, con l'apporto di tutti, perché le riforme devono essere fatte con l'apporto di tutti, porteremo all'apprezzamento del Consiglio il relativo disegno di legge.

La posizione della Giunta è quella che è contenuta negli accordi politico programmatici, gli obiettivi sono quelli che ho cercato di indicare, ovviamente il confronto è un confronto aperto, quello che il Governo auspica è che si abbia il coraggio, in questa materia, di chiudere la legislatura con regole, come vogliono i nostri cittadini, diverse da quelle attuali. Noi andremo al confronto con una nostra specifica

proposta, ma dichiariamo da subito la disponibilità anche all'apporto di quanto verrà, da parte di quelle forze politiche, che vorranno assicurare il loro specifico apporto, mettendo in discussione, laddove sarà necessaria, anche la propria posizione di partenza.

Vi è poi un altro problema, al quale si è fatto riferimento e che assumiamo come un problema anche questo per noi irrinunciabile e che fa parte delle nostre priorità programmatiche e mi riferisco al completamento della riforma istituzionale delle autonomie locali. Questo in larga parte riguarda in modo particolare l'assetto autonomistico del Trentino, posso informare che la settimana prossima, d'intesa tra governo regionale e governo provinciale porteremo a conoscenza quelli che sono gli obiettivi ed i contenuti di un progetto di riforma organico, concordato tra questi due livelli istituzionali, in modo che si possa avviare una fase anche qui di forte consultazione, di grande coinvolgimento, di tutte le realtà comunali e di tutta l'opinione pubblica, in modo che si possa, dopo tanti anni, girare pagina anche relativamente alle questioni istituzionali.

Legato a questo c'è il compimento di alcuni disegni di legge, che attendono da tempo di essere esaminati e che toccano l'aspetto ordinamentale delle municipalità dei nostri enti locali e anche qualche altro aspetto, che non siamo riusciti a completare nelle azioni legislative fino a questo momento prodotte.

Devo confermare poi l'impegno della Giunta per quanto riguarda l'attivazione dei fondi di previdenza integrativa. Credo che positivamente debba essere salutato il fatto che la commissione consiliare competente ha già licenziato il disegno di legge, oggi è stato espresso il parere positivo in Commissione legislativa, per quanto riguarda la copertura finanziaria e quindi questo provvedimento di legge potrà essere esaminato da parte del Consiglio in una delle prossime tornate. Legato a questo c'è naturalmente la revisione del pacchetto famiglia, rispetto alla quale abbiamo sentito significativi interventi anche poc'anzi, è aperta naturalmente anche la partita relativa alla costituzione dei fondi degli autonomi istituti previdenziali, secondo quelli che sono criteri contenuti nelle nostre competenze statutarie.

Quindi tutto il pacchetto che potremo definire della solidarietà, non dell'assistenzialismo, che passa attraverso questi tre momenti che abbiamo indicato, fondi complementari, revisione del pacchetto famiglia e costituzione di autonomi istituti previdenziali, come avevo preannunciato, sarà oggetto di un intenso confronto ad iniziare dalle prossime giornate.

In tema poi di cooperazione transfrontaliera, abbiamo sentito anche questa mattina alcuni interventi, credo di dover dire che la Giunta terrà conto compiutamente di tutte le osservazioni, di tutti gli stimoli che abbiamo sentito e che vedremo di orientare la nostra azione sempre in armonia con le due Province autonome, per consentire di riprendere in mano tutta questa importante partita e per cercare di affrontarla in modo molto più concreto, passando ad una vera e propria fase di elaborazione di progetti concreti, come è previsto dall'accordo italo-austriaco, che è entrato in vigore ancora lo scorso anno.

Alcuni consiglieri hanno poi fatto riferimento al problema delle minoranze, tema questo rilevante, minoranze etniche, linguistiche, sappiamo questo essere uno dei

problemi più interessanti, più qualificanti, la stessa nostra autonomia, il nostro stesso assetto autonomistico speciale. Le nostre minoranze, lo ribadiamo, fanno parte di quelli che potremo definire un po' i fondamenti, i principi primi, i cardini della nostra autonomia, costituiscono sicuramente un elemento connotante la natura, l'identità stessa della nostra Regione, delle nostre due Province, il loro ruolo diviene determinante sempre di più e quindi occorre che da una parte lo Stato faccia fino in fondo e meglio la propria parte, profondendosi in azioni di tutela vera, emanando le norme che ancora non sono state emanate e che la costituzione prevede per efficaci azioni di tutela di tutte le minoranze che sono presenti sul territorio del nostro paese.

Per quanto riguarda invece l'obbligo specifico degli enti locali, delle Regioni, delle Province, dei comuni, sapendo che a tutti noi compete l'obbligo della promozione delle minoranze, possiamo affermare in questa sede che sicuramente la Regione, come ha fatto, farà fino in fondo la propria parte, per assicurare a tutte le nostre collettività etniche e linguistiche, sia quella tedesca, quella ladina, quella mochena, quella cimbra, tutto quanto sarà utile per garantire la loro permanenza, per garantire i loro diritti, ivi compreso quello del mantenimento della lingua, che diventa l'elemento discriminante.

Altri consiglieri hanno fatto riferimento al capitolo, altrettanto importante, delle strategie per l'economia, per le infrastrutture, per i servizi provinciali e sovraprovinciali, regionali e sovraregionali per fare in modo che questa nostra terra possa ulteriormente crescere, possa vedere crescere il proprio benessere economico, sociale e civile.

Credo di poter dire che le nuove dimensioni di sviluppo, che investono le nuove realtà del Trentino-Alto Adige nei settori della comunicazione, nei settori della informatica, nei settori delle grandi infrastrutture di servizio, alle quali qui si è fatto riferimento, debbono sicuramente essere affrontate anche da noi, in accordo, in sintonia con le azioni di cui sono capaci le nostre istituzioni dell'economia e con i nostri imprenditori economici, per raggiungere però significativi obiettivi in questo campo, credo che sia importante fare uno sforzo congiunto di innovazione, quindi occorrerà che pensiamo iniziative nuove, per fare in modo che la nostra terra possa essere inserita a titolo pieno, possa essere dotata di tutte le infrastrutture necessarie, per reggere all'urto di uno sviluppo che diventa sempre più forte, sempre più robusto a livello delle Regioni e dei paesi a noi vicini.

In modo particolare posso affermare, in ordine al problema dell'autostrada del Brennero, problema al quale qui da più parti si è fatto riferimento, in ordine poi al problema del potenziamento della ferrovia, tema ricorrente, in ordine alla stessa questione dell'energia elettrica, che entra, che tocca la stessa responsabilità della Regione per il fatto che la Regione ha la competenza in materia di ordinamento comunale e sappiamo quanto sia importante che tutti i nostri comuni, come soggetti elettrici, possano far parte a titolo pieno delle nuove istituzioni, delle nuove associazioni, delle nuove società, che gestiranno la produzione e la gestione dell'energia, ma occorre fare riferimento anche al problema del credito, parlando dei

grandi servizi, alla leva del credito, che diventa una leva sempre più importante per l'ulteriore sviluppo dell'autonomia regionale.

Rispetto a tutte queste problematiche posso dire che la Giunta intende operare sempre in sintonia con le due Province, per lavorare con criteri che sappiano effettivamente valorizzare le risorse locali, che sappiano realizzare convergenze su obiettivi strutturali economici e territoriali.

Lo scopo naturalmente di una azione di questo genere per la Giunta è quello di rafforzare il sistema regionale, rafforzare il sistema di questa area importante e transfrontaliera, per renderlo sempre più adeguato a sviluppare efficacemente quella funzione naturale di connessione tra il nord ed il sud, della quale tanto si parla, ma per sviluppare anche in prospettiva nuova una importante funzione di collegamento tra l'est e l'ovest.

Questa terra è sempre stata a centro della Mitteleuropa, dopo il crollo del muro rinasce la grande Europa e quindi questa terra, che è cerniera tra il nord ed il sud, tra l'est e l'ovest deve essere dotata di tutte quelle infrastrutture che consentano ad essa di svolgere un ruolo effettivamente importante.

Raccolgo poi alcune indicazioni, che sono state sviluppate da quest'aula, sulla necessità di rafforzare anche l'investimento nelle risorse umane, nello studio, nella ricerca, quindi non solo attenzione ai problemi infrastrutturali, alle questioni materiali, ambientali, ma anche alle risorse umane. Qui abbiamo strumenti importanti, come quello della cooperazione, come quello rappresentato dalla scuola, dall'università, dalla ricerca, per dire che anche in questi campi noi vogliamo investire, mettere a disposizione le risorse, per fare in modo che si crei un vero e proprio sistema forte, robusto, che consenta alle giovani generazioni di poter reggere all'urto dei tempi che verranno.

Mi sia consentito un riferimento esplicito, a questo proposito, anche alla opportunità che è contenuta nel nostro bilancio, di venire incontro in intesa sempre con i piani delle due Province, per rafforzare anche il sistema della solidarietà, dei servizi alla persona, mi riferisco in modo particolare ai capitoli di bilancio che abbiamo previsto, relativamente ad esempio alla messa a disposizione di risorse finanziarie per i servizi per le persone anziane per le nostre istituzioni di assistenza e di beneficenza pubblica.

In questo contesto naturalmente rientra anche un riferimento esplicito, accanto alla cooperazione, al credito o ai grandi enti cui ho fatto riferimento, rientra a titolo pieno anche il settore fondiario e catastale, oggetto di richiesta di verifiche, che viene avanzata da parte di qualche collega. Posso dire a questo proposito che il competente assessore, che sta seguendo in modo particolare questo settore, cercando di portare in porto e abbiamo chiesto al Presidente della rispettiva commissione legislativa, di avviare il dibattito perchè possa essere esaminato il nuovo disegno di legge in materia di informatizzazione e che abbiamo previsto degli stanziamenti che mirano al potenziamento ed alla qualificazione di questo importante servizio, che anche questo, oltre che essere gestito con criteri di efficienza e di efficacia, deve essere uno di quegli elementi che mantengono integre le peculiarità autonomistiche di autogoverno di questa nostra terra.

Qui un riferimento specifico anche al rafforzamento di tutte quelle operazioni, significative a nostro modesto modo di vedere, che mirano a creare strumenti, perché la nostra gente, i nostri operatori economici possano effettivamente disporre di un servizio aggiornato ed in modo particolare poi vorrei fare riferimento anche ad alcune azioni, che mirano a risolvere problemi che trasciniamo da tempo, come quello di residui di lavoro, come quelli relativi allo smaltimento di quote di lavoro che si trascinano da tempo. In questo contesto metto dentro il rafforzamento di alcune significative operazioni, che riguardano l'accatastamento dei comuni di montagna.

Qualche consigliere ha fatto riferimento al problema dell'informazione. Noi dobbiamo dire anzitutto che abbiamo voluto alleggerire di molto l'investimento in questo campo, mentre siamo particolarmente attenti e disponibili nella valorizzazione di quelle voci oggi esistenti, senza crearne altre, per cui la informazione regionale passerà attraverso i canali ordinari, sia giornalistici che radiotelevisivi. Ma ciò che più interessa al governo regionale è che si faccia ogni sforzo, anche qui di intesa con le due Province, perché il problema della informazione venga affrontato, venga ristrutturato, perché ci si inserisca a livello nazionale con idee proprie, perché si riesca a raggiungere l'obiettivo di una adeguata provincializzazione e regionalizzazione dell'informazione, anche a livello di strumentazione, di impiantistica, che si garantiscano quelle imprescindibili garanzie di pluralismo, che si sviluppino quegli spazi anche qui indispensabili per la informazione per le nostre minoranze etniche e linguistiche.

Quindi ci interessa molto questo settore della informazione, soprattutto per questo secondo ordine di problemi, sui quali siamo pronti anche a confrontarci.

Vi è poi il delicato, ma anche questo importante problema dell'adozione di alcuni strumenti legislativi, relativamente alla struttura della Regione. L'assessore competente ha predisposto i necessari provvedimenti legislativi per far in modo che il DPR 421 sia nei fatti recepito, per fare in modo che il disegno di riorganizzazione possa essere presentato a quest'aula, ma posso aggiungere che vi è la volontà determinata di questa Giunta di porre fine anche a tutta una serie di incongruenze che sulla nostra strada abbiamo incontrato, ereditato, piccoli problemi che si trascinano da tanti anni, ma che vogliamo avviare a positiva conclusione, come è stato quando abbiamo deciso di abolire l'art. 17 o quando vedremo adesso di abolire anche alcuni istituti che riteniamo non siano più compatibili e che rappresentano delle situazioni di privilegio particolare.

Non credo che debba essere aggiunto granché d'altro, mi sono appuntato un po' tutto quello che qui è emerso, assieme ai nostri componenti della Giunta regionale, tutti gli assessori che hanno seguito fedelmente il dibattito, vedremo di fare nostre tutte le indicazioni che sono emerse, sia quelle di prospettiva, strategiche, sia quelle più legate al contingente.

Quello che posso assicurare è che noi vogliamo profonderci in un grande impegno, sappiamo che i prossimi appuntamenti sul piano legislativo, ma anche sul piano amministrativo saranno tutt'altro che semplici, però siamo convinti che incontreremo le necessarie disponibilità, proprio perché noi non vogliamo alcuna imposizione, ma proprio perché siamo aperti al confronto e al dialogo, incontreremo sicuramente le disponibilità necessarie per far passare alcuni importanti provvedimenti e

decisioni che riguardano non tanto il futuro delle nostre istituzioni o non solo, ma soprattutto il futuro, dal punto di vista della crescita, qualitativa, quindi sociale, civile e culturale, ma anche economica di questa terra.

Questo, signori consiglieri, è lo spirito con il quale ci accingiamo adesso a passare alla fase di vaglio degli ordini del giorno, che sono tanti, gli abbiamo esaminati uno per uno, siamo nelle condizioni di rispondere sicuramente attraverso l'apporto di ogni assessore. Questo è lo spirito con il quale ci accingeremo anche alla proposta dei contenuti del bilancio, ma soprattutto questo è l'atteggiamento che ci muove rispetto ai prossimi appuntamenti, rispetto alle prossime scadenze, che devono vedere un forte impegno progettuale da parte nostra, ma anche una forte disponibilità e un forte apporto da parte vostra.

Ringrazio per l'attenzione.

PRÄSIDENT: Damit haben wir diesen Teil der Generaldebatte abgeschlossen.

Wir kommen jetzt zur Behandlung der Tagesordnungsanträge. Die Anträge der Abg. Zendron werden zurückgestellt, weil sie darum gebeten hat und dafür möglicherweise später die Möglichkeit hat, selbst da zu sein. Die Anträge Nr. 1 und 2 werden also zurückgestellt, bis die Abgeordnete kommen kann.

Inzwischen behandeln wir den Antrag Nr. 3 des Abg. Alfons Benedikter.

Ich bitte um Verlesung und Erläuterung:

BENEDIKTER:

TAGESORDNUNGSANTRAG ZUM GESETZENTWURF NR: 75
(Ex-Beschlußantrag Nr. 149/XI)

hinsichtlich Zuständigkeit der Region für das Handelsregister, jedoch ohne
Registrierung der Bauern durch die Handelskammer

Das Urteil des Verfassungsgerichtshofes, ob die Region der Pflicht zur Anpassung ihrer Handelskammerordnung an das staatliche Reformgesetz Nr. 589 (ich möchte hier berichtigen: es heißt nicht Nr. 589, sondern Nr. 580) vom 29. Dezember 1993 nachgekommen sei, steht unmittelbar bevor. In der Klageschrift des Ministerpräsidenten ist ausdrücklich davon die Rede, daß das Handelsregister zur Ordnung der Handelskammern gehört und damit in die ausschließliche Zuständigkeit der Region fällt, so daß die Region entscheiden kann, ob auch die Bauern registriert werden müssen.

Die grundlegende Reform, an die sich auch die Region zu halten hat, besteht in der Übertragung des Registers auf die Handelskammern, kann jedoch nicht darin bestehen, daß auf jeden Fall auch die Bauernhöfe als Unternehmen registriert werden müssen. Die in die ausschließliche Zuständigkeit der autonomen Provinzen fallende Zuständigkeit für die Ordnung der geschlossenen Höfe, wie sie vom Verfassungsgerichtshof im Urteil Nr. 4 vom 25. Juni 1956 als einzigartig in der

italienischen Rechtsordnung angesehen wurde, da sie nur im Sinne des überlieferten Rechtes geregelt werden kann, sowie für die Ordnung der Mindestkultureinheiten, ist mit dieser Registrierung unvereinbar (siehe Beilage: Höfegesetz und Urteil).

Daher

**fordert der REGIONALRAT
den Regionalausschuß auf,**

in der Anpassung der Handelskammerordnung das Handelsregister zu regeln, jedoch - abweichend vom 4. Absatz des Artikels 8 des Staatsgesetzes Nr. 580 - ohne die in den Artikeln 2135 und 2083 des bürgerlichen Gesetzbuches vorgesehenen landwirtschaftlichen Unternehmer miteinzubeziehen.

Zur Erläuterung bringe ich jetzt die italienischen maßgeblichen Quellen: In der Anfechtung des Staates, daß die Region nicht innerhalb von sechs Monaten der Anpassung ihres Gesetzes nachgekommen ist, steht: "La legge 29 dicembre 1993, n. 580 ridefinisce le funzioni e la struttura delle Camere di Commercio dettando una nuova disciplina delle loro attribuzioni. Poichè l'ordinamento attribuisce alle Camere di Commercio funzioni e poteri tanto incisivi quali quelli di tenere il registro ..." also gehört das Register zum ordinamento "...unico strumento di pubblicità dei oggetti del traffico commerciale usw. muß die Region hier nachvollziehen. Der Staat selber in seiner Anfechtung bezeugt, daß das Register, das der Handelskammer anvertraut wird, zur Ordnung der Handelskammern gehört.

Jetzt zitiere ich den Verfassungsgerichtshof, denn ich habe ja behauptet, daß die Eintragung der Bauern ins Register der Unternehmen dem Bürgerlichen Gesetzbuch widerspricht und mit der verfassungsrechtlich anerkannten Höfeordnung unvereinbar ist, und ich habe eben behauptet, wenn das geschehen würde, dann würde das der erste wesentliche Schritt zur Vernichtung der Höfeordnung sein. Was das Bürgerliche Gesetzbuch betrifft, zitiere ich hier, was Notar Roberto Vicini in Pesaro in einem Artikel im "Sole 24 ore" vom 25. Oktober sagt: "Viene dato per certo negli articoli, nelle circolari e nelle istruzioni che trattano del registro delle imprese che per piccoli imprenditori, imprese agricole e società semplici sussiste l'obbligo di iscriversi nel registro delle imprese, sezione speciali. Non mi sembra che ciò corrisponda al vero. Un obbligo rappresenta sempre una limitazione della libertà, di quelle libertà che vuole il cittadino arbitro di decidere ogni cosa, fin quando una norma legale gli imponga un comportamento - art. 23 della Costituzione. Di conseguenza l'obbligo di una prestazione non può considerarsi implicito in una norma di legge, ma andando a ristringerla, deve essere espresso. Come ulteriore conseguenza non sembra che si possa interpretare la norma della legge 580 art. 8, comma 4: sono iscritte ecc., come norma che impone l'obbligo di iscriversi nel registro delle imprese. L'obbligo sussiste nei casi previsti dagli artt. 2189 e 2200, Codice civile: sono soggette alla iscrizione ecc. Evidentemente non sussiste per tutte le altre categorie per le quali non esiste una norma espressa che assoggetti all'iscrizione, e come collide l'obbligo che si vuole implicito nella dizione dell'art. 8 della legge 580 con l'espresso esonero da tale obbligo esposto dall'art. 2200

per i piccoli imprenditori ai quali sono assimilati per il disposto dell'art. 2083 i coltivatori diretti, gli artigiani e i piccoli commercianti; si deve forse intendere che un obbligo niente affatto dichiarato ma solo malamente desunto per interpretazione del comma 4 dell'art. 8 prevale sulla esclusione chiaramente espressa dall'art. 2202". Und was sagt der Verfassungsgerichtshof im Urteil vom 25. Juni 1956, Nr. 4? "Si tratta di un istituto con caratteristiche tutte particolari come quelle dell'indivisibilità del fondo, della sua connessione con la compagine familiare e della assunzione di questo fondo come maso chiuso da parte di un unico soggetto cui il sistema particolare permette di perpetuare e garantire nel maso stesso il perseguimento delle finalità economiche e sociali proprio dell'istituto. Introdotto in Alto Adige fin dai primi secoli del Medioevo, in corrispondenza ad antiche consuetudini germaniche si affermò nel tempo e formò oggetto verso l'età moderna di disciplina legislativa formale quale quella delle patenti imperiali dell'11 agosto 1889 che attribuí alla legislazione provinciale il compito di disciplinare la materia e della legge provinciale 12 giugno 1900, n. 47 concernente i rapporti giuridici e speciali dei masi chiusi valevoli per la Contea principesca nel Tirolo. Dopo che il territorio dell'Alto Adige entrò a far parte del territorio italiano, l'istituto rimase in vita fino a quando con Regio-Decreto 4 novembre 1928 fu estesa alle nuove Province la legislazione nazionale se nonchè anche dopo il suo disconoscimento legale la popolazione dell'Alto Adige continuò a dimostrarsi attaccata all'istituto e non mancarono apprezzamenti favorevoli anche da parte di giuristi particolarmente esperti in diritto agrario che espressero il riguardo ad esso, considerandolo utile dal punto di vista economico per la remora che pone allo smembramento dei fondi e dal punto di vista sociale per l'apporto che può dare al mantenimento della compagine familiare e all'esistenza di una sana classe rurale. Ma fu essenzialmente per andare incontro alle aspirazioni chiaramente manifestate dagli esponenti della popolazione altoatesina in riguardo al riconoscimento formale del antico istituto che il legislatore costituzionale si indusse a dettare il disposto del n. 9 dell'art. 11 dello Statuto del 1948 per il Trentino-alto Adige, dove `è stato poi ripristinato l'ordinamento dei masi chiusi".

Ich muß noch sagen: ich bin aufgrund meiner bald 50jährigen Erfahrung auch mit dem Verfassungsgerichtshof überzeugt, daß nicht nur die Region zuständig ist, hier zu entscheiden, so oder so, also die Bauern nicht gezwungen werden können, sich ins Höferegister einzutragen; wir werden da recht behalten. Aber ich muß auch noch darauf aufmerksam machen, daß diese Vorschrift, wenn sie tatsächlich in Kraft tritt, weiter wesentlich den Anstoß geben wird, daß das Tiroler Bauerntum zugrunde geht. Denn wir wissen leider Gottes, daß die in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung in Südtirol von 82.976 im Jahre 1910 auf 49.000 im Jahre 1961 und auf 27.000 im Jahre 1991 zurückgegangen ist. Es sind also nur mehr 14% der aktiven Bevölkerung, die dem Bauerntum angehören. Also, hier muß verhindert werden, daß diese Eintragung erfolge, ansonsten würden die Bauern morgen als Unternehmer aufscheinen, die dann auch aufgrund des Bürgerlichen Gesetzbuches wie Gewerbetreibende behandelt würden, die, wenn ihr Haushalt nicht aufgeht, Konkurs anmelden und sich einer Agrarfabrik anschließen müßten. Also müssen wir alles dagegen tun. Dazu ist die Region ja da und mit diesem Gesetz, mit dem die Registrierung der Bauern nicht übernommen wird,

können wir hier wesentlich einwirken, daß diese Entwicklung nicht so weitergeht. Abgesehen davon, daß es dann schon noch andere Reformen braucht. Ich werde dann eventuell in der Antwort darauf zurückkommen.

Damit habe ich alles rechtlich ins Gewicht fallende gesagt und hoffe, daß der Regionalrat den Antrag annimmt. In diesem Fall könnte sich die Region als nützlich erweisen, wenn sie imstande ist, das abzuwenden.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Abg. Zanoni.

ZANONI: Intervengo volentieri su questo ordine del giorno, che tratta di agricoltura, viste le nostre sensibilità anche professionali. La realtà strutturale di Trento è diversa da quella di Bolzano, laddove a Trento il maso chiuso non esiste, nè come ordinamento giuridico e neppure come organizzazione tecnica, peraltro però la mozione contiene nella sostanza le stesse problematiche.

In Provincia di Trento la realtà di montagna, che poi è simile a quella di Bolzano, presenta ulteriori problemi, ci sono piccole aziende, c'è una proprietà fortemente parcellizzata e polverizzata, se è vero che addirittura a livello catastale a Trento ci sono un milione e 600 mila particelle, a Bolzano un terzo, circa 600-700 mila. Per cui se le problematiche sono in Provincia di Bolzano, in Provincia di Trento aumentano notevolmente.

Pertanto piccole aziende, disseminate sul territorio con penalizzazioni certamente di reddito, ma anche ambientali e pedoclimatiche e la polverizzazione stessa delle particelle che fanno parte della proprietà.

Sono evidenti i problemi inerenti all'organizzazione aziendale e anche a quelle che sono poi tutte le pratiche derivanti oggi da una burocrazia, che mette anche in capo alle piccole aziende obblighi molte volte difficili da sopportare e difficili da eseguire.

In Provincia di Trento, la tenuta degli albi professionali, come penso anche in Provincia di Bolzano, è già datata da quasi 20 anni. La legge 39 del 1976 a Trento assegna all'autogoverno dei contadini la tenuta dell'albo professionale e questa serve evidentemente per tutti gli usi, sia pubblici che privati, che assegnano compiti alle aziende agricole.

Ritengo pertanto che l'obbligo che deriva dalla 580, di registrare presso la camera del commercio, vada ad aggravare in termini di costi da una parte, ma in termini di pratiche burocratiche presso le aziende di piccole e medie dimensioni, vada ad aggravare ulteriormente una situazione che già di per sè è pesante per questioni ambientali, di reddito e per tutte quelle situazioni che derivano dall'essere soggetti agricoli e imprenditori piccoli in zone di montagna, già di per sè penalizzate.

Pertanto, per quello che ci riguarda, questo ordine del giorno ci vede condividere nella sostanza, pur vivendo a Trento una realtà non legata al maso chiuso, ma simile nelle problematiche, per cui noi condividiamo questo invito alla Giunta regionale, affinché si faccia carico di esonerare i piccoli imprenditori da questi ulteriori appesantimenti burocratici.

Il sindacato agricolo in Provincia di Trento ha più volte manifestato parere contrario nelle sedi opportune, evidentemente questa espressione evidenziata dalla categoria agricola non ha trovato soddisfazione nelle sedi nè romane, nè quelle rappresentate poi dagli altri poteri che devono regolamentare queste discipline, pertanto “ob torto collo” ha dovuto, entro la fine di ottobre, invitare i propri associati all’iscrizione. Permane però tuttora un forte dissenso, una forte contrarietà nei confronti di una norma, che non ci appartiene, che non è condivisa, che non tiene conto delle diversità che hanno le aziende di montagna da quelle aziende di pianura. Questo è fondamentale.

Noi non siamo contro le leggi dello Stato, perché non ci piace il centralismo, anche per quello, ma non aprioristicamente, il problema è che le aziende di montagna devono avere un trattamento fortemente differenziato, perché non si può fare da una parte la politica della montagna, richiedere alla montagna sgravi di vario tipo e poi non praticare coerentemente queste nostre affermazioni; ne approfitto per invitare anche altri consiglieri a manifestare coerentemente con il voto questa sensibilità nei confronti delle aziende di montagna, per il servizio che fanno, sia in fase di produzione di reddito e di derrate alimentari di qualità, ma anche proprio per il servizio che fanno sul territorio a favore di tutta la comunità.

PRÄSIDENT: Der Abg. Leitner hat als nächster Redner das Wort.

LEITNER: Danke, Herr Präsident! Angesichts der schwierigen Lage vor allem der Bergbauern, die ja in letzter Zeit in den Medien sehr häufig vorkommen, weil wir wirklich eine schwierige Situation zu meistern haben, stellt sich dieser Antrag zur Tagesordnung, den ich selbstverständlich unterstütze. Wir haben im Vorfeld die Diskussionen erlebt, wie sie gelaufen sind. Ich habe ja letzte Woche im Landtag eine entsprechende Anfrage an den zuständigen Landesrat hier in Südtirol gestellt und die Antwort habe ich mittlerweile auch schriftlich bekommen.

Es stimmt, daß es ein Gesetz aus dem Jahre 1993 gibt, Nr. 590, das die Registrierung der landwirtschaftlichen Betriebe vorsieht. Ich bin aber der Meinung, daß es eine Reihe von Möglichkeiten gegeben hätte, in diesen drei Jahren die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß man für die Bergbauern eine Ausnahme machen kann. Die Schwierigkeit ist ja auch die, daß wir wirklich die Talbauern, die Obstbauern, als Unternehmer haben, aber bei den Bergbauern kann man sicherlich nicht von Unternehmen sprechen, so wie es bei den Talbauern der Fall ist. Ich weiß, daß der Gesetzgeber keinen Unterschied macht, deshalb ist es auch schwierig, die Materie zu regeln. Wenn man aber will, daß die Erklärungen, die überall in Europa über die Bergbauern gemacht werden, greifen, dann muß man auch den Mut haben, etwas Konkretes dafür zu tun. Ich erinnere noch einmal, daß der EU-Kommissar Fischler unlängst bei einer Radiodiskussion, wo er telefonisch zugeschaltet war, gesagt hat, daß ihm keine Registrierungspflicht bekannt ist. Infolgedessen gibt es hier widersprüchliche Aussagen. Eines ist z.B. die Verpflichtung, d.h. die Zuständigkeit, die die Region im Bereich der Handelskammern hat, daß man über diese Schiene etwas unternimmt. Ich

hätte mir aber auch vorstellen können, daß z.B. die Südtiroler Abgeordneten in Rom anstatt Subventionen für Zeitungen zu streichen, etwas für die Bergbauern tun hätten sollen, daß man nämlich dort direkt zur Förderung der Bergbauern eingreifen hätte sollen. Warum hat man dort die Stimme nicht erhoben? Wenn die Stimmen der Südtiroler Abgeordneten in Rom so entscheidend sind, daß das Haushaltsgesetz durchgeht, dann hätte man dort die Stimme erheben können und einmal etwas klar für die Bergbauern in diesem spezifischen Fall tun können. Aber da hat man offenbar andere Dinge zu tun.

Deshalb sind viele Erklärungen pro Bergbauern sehr wenig glaubwürdig und wenn wir die Zeitungen der letzten Monate lesen, dann ist immer und überall die Rede vom Schutz der Bergbauern, daß man eben gerade heuer wegen des BSE-Skandals, wegen des Preisverfalls bei Fleisch, aber auch bei Holz usw., etwas klar tun muß. Neulich hat auch dieses sogenannte Alpenraummemorandum gesagt, daß der Förderungsanteil immer höher wird, die Einkommen stärker als befürchtet sinken, Einkommen bis zu 80 Prozent aus Förderungen stammen. Ich glaube nicht, daß die Bergbauern eine besondere Freude daran haben, daß sie dann wirklich nur mehr zu Landschaftsgärtnern werden, die man subventioniert. Man muß ihnen die Rahmenbedingungen geben, daß sie gerade in unserem Fall auch als wirklich freie Tiroler Bauern arbeiten können und nicht mehr nur dann als Beamte letztendlich. Daß man hier mit mehreren Initiativen aktiv werden muß, ist klar und vor allem kann man nicht nur über die Fläche fördern, sondern man muß die Betriebe fördern. Es wäre gescheiter, man würde bei Betriebsgründungen, in diesem Fall auch bei Jungbauern, die Grenzen ausnützen, die die EU vorgibt. Hier sind wir noch in Verzug. Wir könnten hier durchaus noch mehr tun. Wenn man wirklich will, gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, den Bergbauern wirklich zu helfen und ihnen nicht das Leben noch schwerer zu machen, denn es geht nicht an, daß auch sie, so wie schon andere Unternehmer, eine Bürokratie brauchen und ich wiederhole, was ich im Landtag hier gesagt habe, daß man nicht nur verflieste Milchammern haben muß, sondern auch noch ein Büro im Stall.

PRÄSIDENT: Danke, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Der Abg. Mayr Sepp hat das Wort.

MAYR SEPP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es stimmt nicht ganz, was hier gesagt wird. Die Handelskammer, die sich Handelskammer, Industrie- Handwerks- und Landwirtschaftskammer nennt, führt mehrere Register. Die Handwerker sind im Handwerksregister eingetragen, die Kaufleute im Handelsregister und es ist richtig, daß die Region primäre Zuständigkeit im Handelskammerwesen, in der Handelskammerordnung hat. Die Zuständigkeit, Berufsalben bzw. Eintragungen in Register vorzunehmen, ist eine Staatsangelegenheit, wie selbst aus einem Gutachten der Region hervorgeht. Es wundert mich daher, daß man im Antrag erklärt, "aufgrund des zu erwartenden Urteiles des Verfassungsgerichtshofes". Wie das geht, haben wir in der Vergangenheit ja gesehen. Der Staat hat sich bei seiner Gesetzgebung - übrigens die

meisten 15 EU-Staaten - eines Institutes der Handelskammer bedient, weil dort schon die Handwerksbetriebe, die Handelsbetriebe registriert sind. Sie kommen aber nicht, wie hier gesagt wird, in das Handelsregister, sondern es ist dort ein Register für landwirtschaftliche Betriebe vorgesehen und das ist ein Unterschied, den man offensichtlich nicht wahrhaben will. Im Antrag steht ja, die Handelskammerordnung sollte ausgedehnt werden, ohne die Art. 2135 und 2082, d.h. die kleinlandwirtschaftlichen Betriebe und die landwirtschaftlichen Unternehmer. Da hat eben nicht die Region und auch nicht das Land die Zuständigkeit.

Wider besseren Wissens muß ich erklären, daß das Urteil des Verfassungsgerichtshofes zum Geschlossenen Hof aus dem Jahre 1956 wirklich nicht ausschlaggebend ist, weil es mit dieser Registrierung nichts zu tun hat, denn die Registrierung ist erforderlich für alle landwirtschaftlichen Betriebe, ganz unabhängig, ob dieser Hof ein Geschlossener oder ein nicht Geschlossener Hof ist oder ein, wie es im Trentino ist, im Berufsalbum eingetragener landwirtschaftlicher Betrieb. Der Unterschied zwischen der Provinz Bozen und Trient besteht darin, daß die Provinz Trient für die Förderung in der Landwirtschaft sogenannte Berufsalben angelegt hat, in die heute 9.200 Betriebe eingetragen sind, daß in der Provinz Bozen aber, unabhängig davon, ob es sich um einen Geschlossenen Hof handelt oder nicht, eine Förderung gewährt werden kann. Gerade aus dem Grund kann es auch nicht gelten, weil die Betriebseinheit im Zivilgesetzbuch, in dem weder die Region noch das Land Zuständigkeit hat, genau definiert ist. Selbstverständlich haben wir keine Freude mit übermäßigen Registrierungen. Selbstverständlich haben wir keine Freude mit einer Zusatzbürokratie, das ist keine Frage. Aber man soll mir dann erklären, was mit jenen in Zukunft geschieht, die nicht registriert sind und die natürlich im Sinne von EU-Bestimmungen und von anderen Förderungen die Beihilfen nicht mehr bekommen. Man soll mir erklären, ob die primäre Handelskammerordnung der Region Trentino-Südtirol Vorrang hat oder ob die verbindlich für alle 15 EU-Mitgliedsstaaten erlassene Verordnung Nr. 3508 aus dem Jahre 1992 Prävalenz hat, daß nämlich alle diese Betriebe jederzeit schon nicht nur wegen der Inanspruchnahme der Förderung, sondern auch wegen der erforderlichen Kontrolltätigkeit registrierbar bzw. kontrollierbar sein müssen. Hier haben wir in den vergangenen Tagen gehört, daß beispielsweise innerhalb Österreich 12 Prozent abgewichen wird. Von Italien möchte ich vom Prozentsatz wegen der Ungenauigkeit gar nicht reden, der ist sicherlich an erster Stelle innerhalb der Europäischen Union.

Wir werden dann selbstverständlich im Rahmen unserer Zuständigkeit sehen - diesbezüglich hat unsere Landesregierung bereits einen Entwurf genehmigt -, ob die Einbringung dieses Beschlußantrages jenem Entwurf des Landesgesetzes entspricht, den die Landesregierung bereits genehmigt hat und es nur abgewartet werden muß, bis dieser Abänderungsantrag, der bei dem staatlichen Finanzgesetz im Senat verabschiedet worden ist, auch in der Kammer verabschiedet wird. Dann werden wir erklären, daß alle zukünftigen Abänderungen im Sinne der Landeskompetenz und nicht im Sinne der Regionalkompetenz, wenn wir schon überhaupt von Kompetenzübertragung reden, erfolgen müssen. Auf Landesebene kann man es mit einer Konvention zwischen dem

Land Südtirol und dem Institut der Handelskammer genauso machen und in Trient, welches das Berufsalbum hält, kann man das auch genauso mit der dortigen Handelskammer machen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß es einfach nicht seriös ist, daß man vorgibt, daß hier die Region oder das Land etwas durchführen könnte, was überall innerhalb der Gemeinschaft eine Bundesangelegenheit in den Mitgliedsstaaten ist und in Italien, das ja nicht bundesstaatlich gegliedert ist, das leider eine zentrale Angelegenheit ist.

Ich stelle mir auch die Frage, Herr Kollege Benedikter, warum Du seit 19. Dezember 1993, als das Gesetz erlassen wurde oder in Kraft getreten ist, bis zum Jänner 1995, wie das Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 581 in Kraft getreten ist, keinen Beschlußantrag eingebracht hast. Ich nehme für mich in Anspruch als einziger aller Assessoren für Landwirtschaft auf Staatsebene aktiv gewesen zu sein. Das nehme ich für mich in Anspruch. Der Minister ist zu befragen und alle übrigen zuständigen Kollegen auch. Aber hier hat man nichts getan - ganz im Gegenteil. Man hat den Termin verstreichen lassen, Dr. Benedikter, zum 30. November und hat dann rührselige Briefe an den Südtiroler Bauernbund geschrieben, er möge etwas unternehmen. Das ist ganz gelinde gesagt etwas, was in der Politik nicht sehr seriös ist, nämlich die Bauern aufzuhetzen und dann, wenn sie wahrscheinlich eine Strafgebühr oder eine zustehende Förderung nicht mehr bekommen, jedem Bauern erklärt, er solle mit den Strafgebühren zur Union für Südtirol gehen oder die nicht erhaltenen Förderungen eintreiben. Dies hat gar nichts mit der Aussage zu tun, daß die landwirtschaftlichen Betriebe dem Gewerbe gleichgesetzt sind, denn die Landwirtschaft kommt in ein Landwirtschaftsregister, das Handwerk in ein Handwerksregister. Wenn die autonome Provinz Bozen primäre Zuständigkeit im Handwerksbereich hat, warum hat dann der Staat ein Gesetz erlassen, mit dem die Handwerksbetriebe bei der Handelskammer zur Registrierung angelegt werden und nicht beim Land? Ich stelle diese Frage, wenn man eine Logik aufbauen möchte.

Sicherlich haben wir mit dem Register keine große Freude, das soll ja nicht falsch interpretiert werden, weil es eine zusätzliche Bürokratie ist. Auch der Kollege vom Trentino hat mit mir diesbezüglich gesprochen, weil er die gleiche Gesetzgebung für die im Berufsalbum eingetragenen Betriebe auf Trentiner Ebene....

(Unterbrechung - interruzione)

PRÄSIDENT: Abg. Mayr, Sie sind über der Zeit.

MAYR SEPP: ...Ich rede sehr selten. Ich komme zum Schluß. Ich möchte nur abschließend erklären: Wir werden diesen Beschlußantrag nicht annehmen, weil er an der Substanz vorbeigeht und wir werden dann sehen, wenn dieses Urteil herauskommt, Kollege Benedikter, - wir haben inzwischen dazugelernt, gerade aus Ihrer Umgebung - wie oft Sie Recht vorgegeben haben und wie oft Sie Unrecht bekommen haben. Das sollte auch in Erinnerung gerufen werden.

PRÄSIDENT: Danke, Abg. Mayr.

Bitte, Abg. Benedikter, als Fraktion.

BENEDIKTER: Ich kann nur feststellen, daß ich vom Verfassungsgerichtshof bisher immer recht bekommen habe. Nur von der Regierung nicht, die hat Landesgesetze durchgelassen, die gegen das Autonomiestatut waren, Verzicht auf Autonomierechte. Diese Behauptungen vom Sepp Mayr sind lächerlich. Denn das Gesetz sagt nämlich: "E' istituito presso le Camere di Commercio l'ufficio del registro delle imprese". Und von diesem „registro delle imprese“ bei den Handelskammern ist die „sezione speciale per gli imprenditori agricoli“ vorgesehen, vom Register der Unternehmen. Die Höfeordnung ist genau das Gegenteil dessen. Ich habe das Gesetz, ich kann es vorlesen. Die Behauptung, daß es so etwas europaweit gibt, stimmt einfach nicht. Das hat schon der Fischler verneint, daß es keine europäische Norm gibt und jedenfalls in Österreich und in Deutschland gibt es so etwas nicht. Das ist zu sagen.

Das mit der Staatsangelegenheit: Die Region hat die ausschließliche Gesetzgebung für die Handelskammerordnung und der Staat hat in seiner Anfechtung gegen die Region gesagt, daß das Halten des Registers zur Handelskammerordnung gehört. Also kann die Region darüber entscheiden und nicht ein Gutachten der Region ist ausschlaggebend, nicht das was die Juristen der Region sagen. Ich bin der Ansicht, daß wir die Autonomie verteidigen sollen, uns der Autonomie bedienen sollen, auch der Regionalautonomie, um unseren Bauernstand selbständig zu erhalten und nicht in Gewerbetreibende umzuwandeln. Das Bürgerliche Gesetzbuch sagt ausdrücklich, daß die Bauern, die „imprenditori agricoli“ und die „coltivatori diretti“ nicht einzutragen sind. Ich habe diesen Notar aus Pesaro vorgelesen, der sagt, die staatliche Bestimmung ist verfassungswidrig bzw. hätte genau den Artikel des Bürgerlichen Gesetzbuches abändern müssen und hat ihn nicht abgeändert. Es stimmt nicht, daß wir nicht dort, wo wir zuständig sind und wo wir ausschließliche Gesetzgebung haben, nicht auch das Bürgerliche Gesetzbuch ändern können. Das hat man mit der Höfeordnung geändert. Das hat der Verfassungsgerichtshof in diesem Urteil festgestellt, indem er gesagt hat, daß die Höfeordnung so weit reicht, weil sie eben eine eigenartige Ordnung ist und auch Artikel des Bürgerlichen Gesetzbuches ändern kann.

Ich habe eben angenommen, daß die Region diesbezüglich so reagiert - ich bin ja nicht Regionalassessor -, daß die Region das Gesetz übernehmen muß und daß sie bei der Übernahme ganz automatisch die Bauern übernimmt. Daß sie dann bald drei Jahre brauchen, um das zu übernehmen, ist nicht meine Schuld. Nur habe ich dann in der Zeitung gelesen, daß man jetzt im Begriffe ist, dies so auszulegen, so daß ich überzeugt bin und ich wette erstens, daß wir, wenn wir das Gesetz endlich machen und wenn wir diese Bauern nicht verpflichten, sich in das Handelskammerregister einzutragen, daß wir da, auch wenn es vielleicht das erste Mal rückverwiesen wird, daß wir beim Verfassungsgerichtshof recht behalten werden. Ich bin aufgrund einer 50jährigen Erfahrung überzeugt davon und ich verstehe überhaupt nicht, daß ein Südtiroler Bauernbund und ein Landwirtschaftsassessor von Südtirol hier nicht längst schon dagegen aufgetreten ist und sagt: wir machen von unserer Zuständigkeit Gebrauch

und auf jeden Fall sind wir dagegen, so etwas zu unternehmen, denn weder in Österreich noch in Deutschland gibt es so etwas. Es gibt, abgesehen von der Höfekarthei, das Register der Geschlossenen Höfe, und die Ordnung der Geschlossenen Höfe ist unvereinbar mit der Eintragung in dieses Register. Das Bürgerliches Gesetzbuch als solches enthält mehrfach die Bestimmung, daß die Bauern nicht eingetragen werden müssen. Ich habe diesbezüglich - und das möchte ich dem Präsidenten Grandi auch sagen, wenn er zuhört - den Artikel ausgearbeitet für das Regionalgesetz, den ich euch auch übergeben werde, wie also der Artikel 8 (im Regionalgesetzentwurf wäre es der Art. 3) des Staatsgesetzes Nr. 580 übernommen werden sollte, und zwar ohne die Bauern und ohne die Handwerker, weil es in beiden Provinzen eigene Register auch für die Handwerker gibt, gemäß primärer Gesetzgebung.

Ihr seid also da mitverantwortlich und da kann nicht dann mit Landesgesetz abgeholfen werden. Ihr seid verantwortlich, wenn das Bauerntum noch mehr zurückgeht und die Grundlage des Tiroler Bauerntums, so wie es in Nordtirol noch gesetzlich geregelt ist, auf diese Weise endgültig untergraben wird.

PRÄSIDENT: Abg. Messner und Atz, ich muß Ihnen leider mitteilen, daß vorgesehen ist, daß nur ein Sprecher pro Fraktion reden darf. Diese Redezeit hat der Abg. Mayr wahrgenommen. Somit kann ich Ihnen zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort nicht mehr erteilen.

Damit gebe ich das Wort zur Replik an den Assessor Casagranda.

CASAGRANDA: Signor Presidente, credo che in merito alla materia in questione si sia dimostrato la volontà politica, dato che la Giunta regionale ha suggerito di trasformare la mozione in ordine del giorno per poter affrontare immediato questo problema.

Dagli interventi che abbiamo udito è emerso un po' di contrarietà ed affermo che mi ero premurato ad incontrare i due assessori provinciali, Sepp Mayr e Pallaoro, per verificare le possibilità esistenti circa il contenuto di questo ordine del giorno, importante per l'economia dei contadini dell'Alto Adige.

Da quanto è emerso dal dibattito, abbiamo notato che le difficoltà riguardano la legge nazionale, la n. 580, che trasferisce la competenza dei registri del Tribunale alle Camere di Commercio di Trento e di Bolzano.

Se loro pazientano vorrei soffermarmi su alcuni punti dell'ordine del giorno. La legge n. 580 del 19.12.1993 istituisce con l'art. 8 la tenuta del Registro delle imprese da parte delle Camere di Commercio, prima del 1993 la tenuta era esercitata dal Tribunale, ora, ribadisco, è della Camera di Commercio.

Il 19.02.1996 è entrato in vigore il Decreto 7.12.1995, n. 581, che regola l'istituzione presso la Camera del Commercio del Registro delle imprese con conseguente passaggio alla stessa di tutte le competenze, già esercitate, dalla Cancelleria commerciale del Tribunale in tema di registrazione delle società e vidimazione e bollatura dei libri contabili di tutte le imprese.

Il Registro delle imprese deve essere tenuto secondo il modello approvato con decreto del ministero dell'industria, che prevede le sanzioni di cui all'art. 7, ed ivi trovano collocazione pure gli imprenditori agricoli ed i coltivatori diretti.

Dal Registro delle imprese sono esclusi quindi gli imprenditori, di cui all'art. 2195 del Codice Civile, le società di cui all'art. 2002 del Codice Civile, i consorzi di cui all'art. 2112 del Codice Civile, le società consortili di cui all'art. 2215/ter, i gruppi europei di interesse economico di cui al Decreto legislativo 23 luglio 1991, n. 240, gli enti pubblici che hanno per oggetto esclusivo o principale un'attività commerciale, di cui all'art. 2201, le società che sono soggette alla legge italiana, ai sensi dell'art. 25 della legge 31 maggio 1995, n. 218; sono inoltre esclusi gli imprenditori agricoli di cui all'art. 2131, i piccoli imprenditori e le società semplici di cui all'art. 2151.

L'impresa, a domanda, viene iscritta in detto Registro, con l'obbligo di versare una tassa di iscrizione, che oggi è di lire 15.000, per il 1997 sarà di lire 45.000.

Dopo questo brevissimo riferimento al Registro delle imprese è bene entrare nel merito dell'ordine del giorno presentato dai colleghi.

Le leggi che disciplinano il maso chiuso sono leggi che tutelano la proprietà delle imprese agricole, dando caratteristiche particolari a questo istituto, circa il fondo. Credo si possa anche affermare che questa tutela debba andare nella direzione di non comprendere l'iscrizione di queste aziende nel Registro delle imprese suindicate.

La Regione Trentino-Alto Adige però ha le competenze ordinamentali primarie in materia di Camera di Commercio, derivante dallo Statuto di autonomia, art. 4, n. 8, non può, a mio parere, sostenere una deroga di iscrizione nel Registro delle imprese delle aziende agricole, denominati masi chiusi, poiché la disciplina viene dettata dalle norme nazionali di diritto privato, in ottemperanza al già citato art. 2188.

Oggi, come è disciplinato il Registro delle imprese, questo si attiva, nei confronti del maso chiuso, individuando il titolare dell'impresa, che deve iscriversi come soggetto. A mio parere, si può affermare che la particolare classificazione del principio ed i valori che sorreggono l'istituto del maso chiuso, permettono la richiesta deroga all'iscrizione del Registro delle imprese.

E' qui pertanto che il Consiglio regionale deve attivarsi, perché venga rivista la legge 29 dicembre 1993, n. 580 del decreto provinciale regionale, 7 dicembre 1995, n. 581, a tutela del particolare e significativo istituto del maso chiuso.

In qualità di assessore competente per le Camere di Commercio, ho chiesto, per i motivi espressi, a questa onorevole assemblea, di trasformare la mozione in ordine del giorno, al fine di impegnare il Consiglio regionale di attivarsi in questa particolare fattispecie, investendo della problematica la delegazione parlamentare del Trentino-Alto Adige, perché interponga i propri uffici mirati ad una revisione legislativa, che preveda la non iscrizione nel Registro le aziende agricole che rientrano nell'istituto del maso chiuso.

Credo sia questa la strada da percorrere, convincere gli organi romani a legiferare; assessori Mayr e Pallaoro, nessuno vuole prevaricare le Province, ma

desideriamo soltanto operare, affinché lo Stato si attivi in una precisa direzione, pertanto l'ordine del giorno andrebbe sostenuto anche dalla Giunta regionale.

Sono a conoscenza che l'orientamento va all'opposto, ma se noi riusciamo ad imporci ogni tanto allo Stato, credo che tanto andrebbe a vantaggio della Regione. Non ha senso lamentarsi che la Regione è inutile, è priva di competenze e che pertanto va sciolta, se volontariamente si rinuncia a qualsiasi tentativo.

Tanto per fornire qualche dato, informo che ci sono 22.000 masi, di cui 12.500 sono masi chiusi, mentre altri 5.000 sono esclusi dal specifico catasto.

Come popolazione impiegata nel settore agricolo da 82.976 unità del 1919 siamo scesi a 27.435 unità, un segnale questo che indica come debba essere sostenuta l'agricoltura, sia in Provincia di Trento che di Bolzano.

Pertanto l'assessore competente e mi sembra anche la Giunta regionale voteranno questo ordine del giorno, essendo a mio parere giusto compiere qualsiasi sforzo per sostenere l'agricoltura. Grazie.

PRÄSIDENT: Wer ist für die Geheimabstimmung? Das genügt. Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel. Wir stimmen über den Antrag Nr. 3 der Abg. Benedikter, Klotz und Willeit ab.

(segue votazione a scrutinio segreto)

DENICOLO': (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	52
Ja-Stimmen:	21
Nein-Stimmen:	26
weiße Stimmzettel:	5

Damit ist der Antrag des Abg. Benedikter abgelehnt.

PRÄSIDENT: Wir kommen jetzt zum nächsten Antrag Nr. 4 der Abg. Divina, Benedikter, Boldrini und Klotz über die Verhandlungen mit Rom über 9/10 der Erträge aus den in der Region verkauften Lottoscheinen der verschiedenen Lotterien.

Ich bitte den Abg. Divina um Verlesung und Erläuterung:

DIVINA:

Ordine del giorno al disegno di legge n. 75
(ex mozione n. 59/XI)

Contrattare con “Roma” i nove decimi dei proventi della vendita in Regione dei biglietti delle varie lotterie

Come è noto negli ultimi anni è aumentata notevolmente la richiesta di biglietti delle più variate lotterie di cui la più famosa e recente è il “Gratta e vinci”. Fenomeno quest’ultimo che ha assunto anche in Trentino-Alto Adige proporzioni impensabili. Secondo dati ufficiosi solo in Trentino sarebbero stati venduti nel 1995 più di dodici milioni e mezzo di tagliandi. La spesa complessiva dei trentini ammonterebbe a più di ventiquattro miliardi. Di questa cifra l’erario incasserebbe il 41 per cento.

Il Testo Unico delle leggi costituzionali concernenti lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige del 1972 all’art. 69 in relazione alla finanza della Regione prevede che i nove decimi del provento del lotto, al netto delle vincite, siano devoluti alla Regione.

Sembra evidente la volontà di trasferire alla Regione proventi da una fonte particolare come quella di cui parliamo, che nel tempo è cresciuta ed è stata di fatto “aggirata”, con il passaggio da “lotto” a “lotteria” in senso lato.

Sembra dunque evidente la volontà del legislatore di lasciare tale fonte finanziaria alla Regione. Essa dovrebbe oggi comprendere tutti i proventi delle lotterie che si svolgono nella Regione Trentino-Alto Adige.

Tutto ciò premesso,

si impegna
il Presidente della Giunta regionale

a proporre in tutte le sedi competenti la questione relativa ai proventi delle lotterie riscossi in Regione al fine di applicare la norma dello Statuto che prevede di devolvere i nove decimi alla Regione stessa.

PRÄSIDENT: Abg. Divina, ich stelle Ihnen frei, nachdem wir die Diskussion heute nicht mehr abhalten können, ob Sie den Tagesordnungsantrag jetzt erläutern wollen oder zu Beginn der nächsten Sitzung am Dienstag, weil voraussichtlich heute nicht mehr darüber diskutiert werden kann.

DIVINA: Se lei Presidente ha intenzione di chiudere qui la serata, illustrerei l’ordine del giorno più volentieri martedì.

PRÄSIDENT: Gut. Danke, damit ist die Sitzung geschlossen. Wir sehen uns am Dienstag wieder, wobei in der Früh um 9.15 Uhr Fraktionssprechersitzung ist und bei dieser Gelegenheit Gäste aus Kosovo da sein werden. Um 10.00 Uhr ist dann wie programmiert Regionalrat und wir hoffen, am Dienstag den Haushalt abschließen zu können. Auf jeden Fall wird Nachtsitzung sein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(ore 17.44)

INDICE

Nota dd. 27.11.96 di dimissioni del Senatore dott. Armin Pinggera quale membro dell'organo regionale di riesame dei bilanci designato in tale carica dalla maggioranza dei consiglieri della Provincia di Bolzano ai sensi del D.P.R. n. 470/1975 - provvedimenti consequenziali

pag. 3

Disegno di legge n. 75:

Bilancio di previsione della Regione autonoma Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1997 e Bilancio triennale 1997-1999 (presentato dalla Giunta regionale)

pag. 6

Interrogazioni e Interpellanze

pag. 53

INHALTSANGABE

Rücktrittsschreiben vom 27.11.96 des Sen. Dr. Armin Pinggera als Mitglied des Regionalorgans zur neuerlichen Prüfung der Haushaltsvoranschläge, der für die genannte Funktion von der Mehrheit der in der Provinz Bozen gewählten Abgeordneten gemäß D.P.R. Nr. 470/1975 namhaft gemacht wurde - nachfolgende Maßnahmen

Seite 3

Gesetzentwurf Nr. 75:

Haushaltsvoranschlag der autonomen Region Trentino-Südtirol für das Haushaltsjahr 1997 und dreijähriger Haushalt 1997-1999 (eingebracht vom Regionalausschuß)

Seite 6

Anfragen und Interpellationen

Seite 53

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

BENEDIKTER Alfons (Gruppo Union für Südtirol)	pag.	3-40-48
KURY Cristina Anna (Gruppo Lista Verde-Grüne Fraktion-Grupa Vërc)	"	4
MAYR Christine (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	5
ATZ Roland (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	5
DIVINA Sergio (Gruppo Lega Nord Regione Trentino-A.A. per l'indipendenza della Padania)	"	7-51
DELLADIO Mauro (Forza Italia - C.D.U.)	"	12
MORANDINI Pino (Forza Italia - C.D.U.)	"	19
TAVERNA Claudio (Gruppo Alleanza Nazionale)	"	24
ACHMÜLLER Erich (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	27
IANIERI Franco (Gruppo Misto)	"	31
GRANDI Tarcisio (Gruppo Partito Popolare del Trentino-A.A.)	"	33
ZANONI Danilo (Gruppo Partito Popolare Italiano)	"	43
LEITNER Pius (Gruppo Die Freiheitlichen)	"	44
MAYR Josef (Gruppo Südtiroler Volkspartei)	"	45
CASAGRANDA Sergio (Gruppo Partito Autonomista Trentino Tirolese)	"	49